

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

290 (12.12.1919)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abholt 1.80 M., durch unsere Träger zugestellt 1.70 M., am Postkasseler 1.75 M., durch den Postboten zugestellt 1.90 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag. Ausgabe: Wertag mittags; Geschäftszeit: 7/8-11 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Typat. Kolonietexte od. deren Raum 30 3, Neblamen 1.-M., zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag; Fotoanzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/2 Vorm., für nach Aufträge nachm. zuvor.

### Neue Ententebesprechungen in London.

Paris, 12. Dez. Clemenceau hat sich auf Einladung von Lloyd George nach London begeben zur Prüfung der Lage, die sich aus dem Inkrafttreten des Friedensvertrages und aus der Haltung Deutschlands ergibt. Die beiden Regierungschefs stellten fest, daß zwischen ihnen über die besonderen Punkte volles Einverständnis herrsche. Sie prüften hierauf die Frankfurter und England interessierenden Fragen, über die sie zu einem vollständigen zufriedenstellenden Resultat gelangten. Heute werden sie Fragen, die die allgemeinen Interessen von England, Frankreich und Italien betreffen, besprechen, wobei auch der gegenwärtig in London weilende italienische Minister des Äußern zugegen sein wird.

### Renaudels Mahnung an die Entente.

Anlässlich des jüngst abgehaltenen belgischen Parteitag hielt der französische rechtssozialistische Führer Pierre Renaudel eine Rede, die mit folgenden Worten schloß: „Wenn die Republik in Deutschland untergehen sollte, wenn unsere sozialistischen Genossen dort bezeugt werden sollten, wenn der Imperialismus drücken sein Haupt wieder erheben würde, wer weiß, was die Zukunft uns brächte? Und deshalb müssen wir unsere Regierungen drängen, nicht unerbittlich zu sein, sondern das deutsche Volk darüber aufklären, daß es Interesse habe an der Aufrechterhaltung der Republik und an dem Sieg des Sozialismus.“

Tatsächlich zeigt die ganze Haltung der Entente seit dem Ausbruch der deutschen Revolution und besonders in der letzten Zeit viel mehr den Wunsch, die republikanische Regierung in Deutschland zu schwächen, als zu unterstützen.

### Die Industriellen protestieren gegen die Steuern.

Berlin, 11. Dez. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat in der heutigen Sitzung seines Hauptauschusses einhellig folgende Entschlüsse angenommen: Der Hauptauschuss des Reichsverbandes der deutschen Industrie vermahnt sich nachdrücklich gegen die übertriebene und planlose Art, in der die Regierung verfährt, die erforderlichen Steuerlasten des deutschen Volkes zu erheben. Die deutsche Industrie ist von der Notwendigkeit geblüht Opfer für die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit des Reiches und für die Erfüllung der Friedensbedingungen zu leisten, auch während der Kriegsjahre, und ist bereit, auch schwere Aufgaben von Reich und Einkommen zu leisten. Sie muß aber nochmals eindringlich davor warnen, daß diese Aufgaben, wie es im Reichsnotengesetz und in den neuen Steuerergänzungen der Fall ist, die ganze deutsche Wirtschaft blutleer und die Gefundheit unserer Produktionskräfte unumkehrbar machen. Es ist völlig unrichtig, daß sich die Vertreter der deutschen Industrie für das Reichsnotengesetz und gegen die Zwangsankäufe ausgesprochen hätten. Entschieden ist für die Stillnahme der deutschen Industrie gegen das Reichsnotengesetz aber nicht sowohl seine Steuerwirkung als vielmehr die Tatsache, daß auch heute keine Sicherheit für die Verwendung des Ergebnisses zum Nutzen der Reichsfinanzen besteht. Solange damit gerechnet werden muß, daß dieses Ergebnis vom Gegner lediglich als Abschlagszahlung auf eine hohe, noch unbestimmte Entschädigungsforderung in Anspruch genommen wird, kann einem solchen Eingriff in den Bestand unseres Produktionsstandes nicht schmerz genug widersprochen werden.“

### Unberechtigte Vorwürfe gegen die Lokomotivfabriken.

Berlin, 11. Dez. Wegen die deutschen Lokomotivfabriken wie auch gegen die Eisenverwaltung wird das gängige und grundlose Gerücht verbreitet, daß die deutschen Fabriken aus Preisrückfällen ausländische Aufträge bevorzugen. Dieses Gerücht wird aus den Kreisen der deutschen Industrie auf das Entschiedenste widerprochen. Die deutschen Lokomotivfabriken haben ihre volle Leistungsfähigkeit in den Dienst der deutschen Eisenbahnen gestellt. Diese wird nicht dadurch beeinträchtigt, daß zu gleicher Zeit nebenher einige geringe ausländische Aufträge gehen.

### Wem der Krieg Nutzen bringt.

Die „Arbeiterzeitung“ in Saint Louis (Nordamerika) bringt eine Statistik, die den Zusammenhang der Ansammlung großer Vermögen in Amerika mit den von Amerika geführten Kriegen darstellt. Nach dieser Statistik gab es 1855 in den Vereinigten Staaten 28 Millionäre, nach dem Bürgerkrieg 1861 stieg die Zahl auf etwa 500. — 1914 zählten die Vereinigten Staaten rund 5000 Millionäre, nach dem Weltkrieg ist ihre Zahl auf 25 000 gestiegen.

### Sozialistischer Antrag im italienischen Parlament.

Milano, 11. Dez. Der „Avanti“ meldet, daß die sozialistische Kammergruppe folgenden Antrag eingebracht hat: Die Kammer anerkennt, daß die seit zwei Jahren in Rußland eingeführten Arbeiterräte eine Einrichtung sind, die der bürgerlichen Gesellschaft eine friedliche Zukunft und in den internationalen Beziehungen Solidarität garantieren, sowie im inneren Leben der Völker den sozialen Ausgleich herbeiführen und jedem Volk die Möglichkeit verschaffen, die ihm am besten passenden Regierungsform auszuwählen. Daß die italienischen Sozialisten die Arbeiterräte als Mittel betrachten, die friedliche Zukunft der bürgerlichen Gesellschaft und den sozialen Ausgleich zu gewährleisten, dürfte unseren deutschen Marxisten eine nette Heberzeugung befeuern.

### Englische Angriffe auf Englands Sach- und Gewaltpolitik.

Amsterdam, 11. Dez. Die englische Blätter melden, hielt das Parlamentsmitglied Kenworthy eine Rede im „Pitington“, in der er sagte, seit Abschluß des Waffenstillstandes hätten Lloyd George und seine Bundesgenossen Sach und Krieg in Europa geführt. Noch immer werde der Sach und die Sache gegen Deutschland gepredigt. Die britische und die französische geheime auswärtige Politik sei darauf aus, die deutsche Republik in den Augen des deutschen Volkes herabzusetzen und es der militäristischen und sozialistischen Partei in Deutschland zu erleichtern, die Macht an sich zu reißen. Dies komme daher, weil Curzon, Balfour, Churchill und Milner und ihre Partei im Kriegsjahr und im Auswärtigen Amt die Demokratie hielten und fürchteten und Deutschland lieber unter dem Kaiser sähen denn als demokratische Republik.

Herr Kenworthy dürfte Recht haben. Ein erstarkendes demokratisches Deutschland wird sehr bald wirtschaftlich und politisch viel stärker sein als ein monarchisches. Und ein solches Deutschland fürchten die Ententekapitalisten.

### Die Trade Unions gegen die Regierung.

London, 11. Dez. Nach einer sehr bewegten Diskussion beschloß der Kongreß der Trade Union, von der Regierung die Aufhebung von Rassen für die vom Kongreß nach Rußland zu entsendende Kommission zu verlangen, die in Sowjetrußland eine Untersuchung über die Lage anstellen soll.

### Forderungen der englischen Gewerkschaften.

Amsterdam, 11. Dez. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London, daß in der Centralhall eine Versammlung von 700 bis 800 Gewerkschaftsangehörigen, die mehr als fünf Millionen Arbeiter vertreten, stattfand. Der Kongreß war eingeleitet worden, um die Konfiskation der Kohlenbergwerke durch den Staat, die Feuerung, die Profilmacherei, die Arbeitslosigkeit, die Aufrechterhaltung der Militärpflicht, die britische Politik in Rußland und die Schaffung eines besonderen Arbeiterrechts zu besprechen. Die englische Blätter melden, nahm der Kongreß eine Entschliesung an, in der erklärt wird, daß, wenn die Regierung bis Februar den Grundsatß der Restitutions der Gewerke nicht angenommen habe, ein außerordentlicher Kongreß einberufen werde, um die von dem „Allgemeinen Kongreß“ gestellte Forderung der Aktion durch die Gewerkschaften zur Durchführung zu bringen.

### Deutschlands Ausverkauf.

Es. Die deutsche Mark notiert gegenwärtig in Amsterdam 5.35. Das bedeutet, daß etwa 100 deutsche Papiermark gleich acht Goldmark sind. Selbstverständlich ist es bei diesem Stande des Geldmarktes für jeden Ausländer ein glänzendes Geschäft, in Deutschland zu kaufen, was es nur irgend zu kaufen gibt. Ausländer kaufen für unglücklich billigen Preis Gold und Silber, deutsche Käufer, deutschen Grund und Boden und deutsche Perlewaren. Die Unabhängigen, die geschwächt haben, daß auch während des Krieges der Kapitalismus rücksichtslos fortgeführt werden müsse, werden vielleicht doch noch einmal begreifen, daß durch die Niederlage das deutsche Kapital in einem nie geahnten Maße dem ausländischen Kapital verflaut worden ist, und der Kampf gegen diese Sklaverei ist unabweisbar schwer, zumal er nur auf großen Umwegen geführt werden kann.

Immerhin muß das deutsche Volk sich wenigstens nach Möglichkeit dagegen schützen, gänzlich ausverkauft zu werden. Bergwerke, Häuser und Fabriken können die Ausländer wenigstens nicht wegnehmen, die Objekte bleiben unserem Zugriff unterworfen. Aber die Rohstoffe und Fertigkeiten dürfen nicht länger zu einem lächerlich niedrigen Schandpreise herausgehen. Das muß schon um deswillen möglichst rasch verhindert werden, weil sonst das ganze Ausland insbesondere seine Untertanen und Arbeiter Schutzmaßnahmen gegen den deutschen Schlenkerverkauf, das deutsche Dumping erzwinge. Das Reichswirtschaftsministerium hat deshalb schon vor längerer Zeit angekündigt, daß die Ausfuhr umfassend kontrolliert werden soll, bei den spezifizierten Industrien durch Außenhandelsstellen, bei allen übrigen Waren durch sehr erhebliche Ausfuhrzölle. Warum wird nach immer mit diesem notwendigen Schritt gezögert? Ist es wahr, daß Herr Erzberger im Bunde mit den Industriellen als Interessenvertreter dem Reichswirtschaftsministerium nicht geknackte hat, Politik zu treiben. Wir machen die Rede gegen Erzberger gewiß nicht mit, aber Reichswirtschaftsminister in Robert Schmidt und Reichsaussenminister Hermann Müller, Reichskanzler Gustav Bauer und Reichswirtschaftsminister Herr Schiffer. Wir sind überzeugt, daß die Neuordnung der deutschen Finanzen eine so gewaltige Aufgabe ist, daß sie selbst die erfreuliche Aktivität Erzbergers voll in Anspruch nehmen kann. Es wäre notwendig, in der Nationalversammlung eine offene Erklärung darüber herbeizuführen, wie es mit den Maßnahmen gegen den deutschen Ausverkauf steht und wer der Vater der Hindernisse ist, die sich bisher anscheinend nicht haben überwinden lassen.

### Oberst Reinhard verabschiedet.

Berlin, 12. Dez. Amtlich wird bekanntgegeben: Oberst Reinhard scheidet mit dem morgigen Tage aus der Reichswehr aus. Er wird mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt.

### Ein Sozialist belgischer Kammerpräsident.

Brüssel, 11. Dez. Im dritten Wahlgang wurde zum Präsidenten der Kammer der Sozialist Brunet mit 84 Stimmen gewählt.

### Guillaume le timide.\*

Ueber der Regie der neuen Republik waltet ein Instern. Alles kommt anders auf die Bühne, als es geplant war. Dadurch verlieren viele Dinge, die gut gemeint und an sich auch gut durchgeführt waren, einen großen Teil ihrer Wirkung.

Durch eine Indiskretion von der Gattung, ohne die unser Zeitalter nicht mehr leben zu können scheint, wird jetzt die Arbeit Karl Kautskys über den Kriegsausbruch, die er auf Grund des amtlichen Archivalstudiums verfaßt hat, beachtenswerth aus dem Ausland bekannt, noch ehe das Werk im Inland erschienen ist. Auf diese Weise lernt das Publikum trostlosweise kennen, was es auf einmal erfahren sollte. Ein Grund mehr, die Herausgabe in Deutschland mit allen Mitteln zu beschleunigen. (Zi nunmehr geschehen. Red. d. Volkstf.)

Nachdem aber nun einmal Teile der kautskischen Arbeit bekannt geworden sind, und nachdem namentlich schon ein Teil der alldeutschen Presse versucht hat, diesen Veröffentlichungen die Spitze abzubrechen, darf auch von der Gegenseite ein Vorbehaltsurteil, da die bisherigen Veröffentlichungen weder authentisch noch vollständig sind.

Doch um einen Punkt scheint bereits jetzt Klarheit geschaffen zu sein: die Person des Kaisers und die verhängnisvolle Rolle, die er bei Kriegsausbruch gespielt hat, tritt plastisch ins Licht der Öffentlichkeit.

Es war schon ehemals bekannt, daß die Altenstücke über den Ausbruch des Krieges eine große Anzahl eigenhändiger laienlicher Randbemerkungen aufwiesen, deren Inhalt auf Wilhelm's Charakter und Politik ein mehr als zweifelhaftes Licht werfen sollte. Dieser hat deshalb bereits Sorge getragen, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß man ihn auf seine Randbemerkungen nicht festlegen und ihn nicht danach beurteilen dürfe. Eine nicht gerade mutige Haltung! Wilhelm hätte sich daran erinnern dürfen, daß eine Anzahl Altenvermerke seiner Vorfahren geradezu sprichwörtlich geworden sind und in der offiziellen Hohenzollernlegende eine große Rolle spielen. Jeder Chamaist mußte die berühmten Altenvermerke Friedrich Wilhelm's I. und Friedrich II. auswendig lernen. „Ich etablierte die souveränität meines états wie einen rocher de bronze.“ — „Bei mir kann jeder nach seiner Façon selig werden.“ — „Gazetten sollen nicht genieret werden“ usw. usw.). Freilich haben für Geschichtsforscher andere Randbemerkungen auch wertvolles Material zur Zertörung der Hohenzollernlegende geboten, so Friedrich Wilhelm's III. Anmerkungen zu den großen Reformplänen seiner Minister („Als Poeste gut, aber niemand kommen werden“ usw.).

Für die individuelle Charakterbeurteilung eines Monarchen kann es jedenfalls gar kein besseres Erkenntnismittel geben als die Sätze, die er seinem ursprünglichen Gefühl und Eindruck folgend und ohne sich Zwang anzutun, als seine persönliche Ansicht zu den Dingen notiert hat. Wenn der fürstliche Urheber selbst behaupten wollte, daß seine Politik nachher eine andere gewesen sei, — er kann nicht behaupten, daß sein Charakter ein anderer gewesen ist, als er in solchen höchstpersönlichen Meinungsäußerungen zutage tritt. Doch auch die politische Bedeutung solcher Randbemerkungen darf nicht unterschätzt werden. Sie bedeuten eine Anweisung an die amtlichen Stellen, die später die offizielle Bearbeitung der Akten übernehmen, im Sinne der dort niedergelegten Ansichten zu handeln. Bei der ausschlaggebenden Rolle, die der Monarch des Obrigkeitsstaates gerade in der auswärtigen Politik spielt, kommt der Tenor solcher Anmerkungen dienlichen Befehlen gleich, sie sind keineswegs nur private stilistische Uebungen des Verfassers.

Über betrachten wir die Anmerkungen zunächst nur als Schlüssel zum Studium des Charakters. Ueber Wilhelm's Charakter herrschte bei denen, die ihn wirklich erkennen wollten, schon lange vor dem Krieg kein Zweifel. Am allerwenigsten bei seinen Getreuen. War es doch die alldeutsche und schärfmaderische „Post“, die mitten in der Marokkokrise Wilhelm daran erinnerte, daß man ihn in Frankreich bereits öffentlich „Guillaume le timide, le valeureux poltron (Wilhelm der Furchtsame, der großsprecherische Tölpel)“ nannte. Man wußte in den Kreisen der „Post“, daß Wilhelm gegen nichts empfindlicher war, als gegen den Vorwurf der Feigheit.

Nur nicht feige scheinen! Wilhelm war durchaus in jenen Hohenzollern- und Offizierstraditionen erzogen, deren erstes Gebot ist nach außen hin schneidig aufzutreten und niemals „Schlappheit“ oder Mutlosigkeit zu verraten. Auf die Innerehaltung dieses Ehrenkodex war Wilhelm's ganzes Trachten gerichtet und er war um so ängstlicher bemüht, den Schein zu wahren, als er inneren, moralischen Mut nicht besaß. Solches Schwächefühl führt regelmäßig zu affektiver Schneidigkeit und herausforderndem Auftreten, um den inneren Defekt zu verdecken. Aber der Charakterkennner wird dadurch nicht getäuscht, und durchführen läßt sich dieses Spiel nicht. Politisch veramtliche Stellungen haben für ihren Inhaber die unangenehme Eigenschaft, daß sie in entscheidenden Situationen seine Charakterchwächen unsehbar an den Tag bringen. Wenn oft gesagt wird, „die Politik verdirbt den Charakter“, so hieße das richtiger, „die Politik enthüllt den Charakter“; sie bringt gute wie schlechte Eigenschaften an die Oberfläche, die ohne die

\*) Erich Kuttner in der „Möde“.

großen Anforderungen des politischen Handelns herbergen geblieben wären.

Wilhelm war gegen den Vorwurf der Feigheit übermäßig empfindlich, — weil er im Grunde seines Herzens feige war. Einen Mutigen hätte der Verdacht kalt gelassen. Wilhelm war aber bestrebt, die innere Schwäche um jeden Preis zu verhillen. „Diesmal soll man nicht von mir sagen können, ich wäre zurückgewichen,“ dieser Ausspruch bildete das Leitmotiv seines Handelns in der Krise des Jahres 1914. Und doch, die Geschichte wird sagen, daß er feige gewesen ist, sie wird feststellen, daß all seine Fortschrittlichkeit und sein zur Schau getragener Mut nur Maske war, die dem ungeschickten Schauspieler obendrein auf der Höhe der Katastrophe abfiel, so daß plötzlich sein wirkliches Gesicht zutage trat.

Die ersten Randbemerkungen Wilhelms zeigen durchaus die Mißnote des äußeren Schneids. Jemand ein grüner alldeutscher Leutnant würde sich ganz ähnlich ausgebrüht haben. „Jetzt oder nie“, schreibt Wilhelm an den Rand des Berichtes von Tschirsch, der unter dem 30. Juni meldet, daß in Wien der Wunsch nach gründlicher Abrechnung mit den Serben besteht. Warum auch nicht? Die Serben sind ja „Mörder“ und eine „Räuberbande“, wie in späteren Anmerkungen Wilhelms zu lesen. Als von Wien am 10. Juli berichtet wird, daß man jetzt zu einem Entschluß kommen müsse, da unterstreicht Wilhelm das „Jetzt“ und bemerkt ungnädig, daß es recht lange dauere, bis man in Wien zum Entschlusse käme. Er kann gar nicht erwarten, daß das Mörderfest Belgrad ausgenommen wird.

Aber steckt in diesem ungeduldigen Eifer nicht schon eine deutlich erkennbare Wurzel der Angst? Worauf fußt Wilhelms Entrüstung, worauf seine Nachgiebigkeit? All sein Denken konzentriert sich auf die Nordtataren von Serajewo. Menschlich sehr begreiflich. Ein fürstlicher Berufscollega, eine Wilhelm nahestehende Person ist ermordet worden. Jeder Nachwächter ist schließlich erregt, wenn er in der Zeitung liest, daß ein anderer Nachwächter in Ausübung seines Berufs getötet worden sei. Aber er wird sich nicht einbilden, daß die ganze Welt seine Aufregung teilt, er wird verwandtes Gefühl nur bei seinem engeren Berufscollegen voraussetzen. Es gehört die ganze Verleumdung eines Monarchen dazu, der das Dasein des Volkes nur für eine dauernde Anbetung seiner Gottähnlichkeit hält, um zu glauben, daß der Metallarbeiter Schulz oder der Landarbeiter Lehmann ebenso aus Mut über den Fürstenmord Kopf stehen wird wie er selber. Durch den Fürstenmord sieht sich Wilhelm in seiner persönlichen Sicherheit bedroht, daher seine flammende Entrüstung. Doch Schulz und Lehmann leben deshalb nicht weniger sicher, wenn es „die dort oben“ trifft.

Aber Wilhelm zittert. Er sieht — insofern ein Vorläufer der U. S. R. — in seiner Angst, überall „Mörderzentrale“ zu sehen. Belgrad erscheint seiner angsterfüllten Phantasie als eine Hauptzentrale der Königmörder. Und all sein Mut, mit dem er den heiligen Krieg gegen Belgrad predigt, ist im Grunde nur schlotternde Angst vor dem Dolche des Menschelmörders.

Seine innere Feigheit zeigt sich sofort in folgendem: Er ist zwar schnell dabei, Oesterreich Ratsschläge zu geben, wie es den Krieg mit Serbien sicher und schmerzlos provozieren könne — „den Sandsthal räumen, dann ist der Kra-wall sofort da“ — aber er, der Kaiser, möchte nicht dabei sein, wenn es losgeht, er will dann mit der Sache nichts zu tun haben. Darum läßt er sich auf die Nordlandreise schicken. Wie nennt man es doch? Sich ein Alibi verschaffen! „Ich kann es nicht gewesen sein, denn ich sehe ja ganz woanders hin,“ sagt Kaiserin Elisabeth.

Heimgelehrt: Solange er noch nicht an den Weltkrieg glaubt und immer noch damit rechnet, es werde höchstens zu einem gemeinschaftlichen Kriege Oesterreichs und Deutschlands gegen Rußland, allenfalls noch gegen Frankreich kommen, bleibt Wilhelm froh und oben auf. Die von Grey durch Nicholson angebotene Vermittlung zu vieren (nämlich durch die vier Großmächte England, Deutschland, Frankreich und Italien), weist er stolz als „überflüssig“ zurück. Erst als er sieht, daß er sich in den Weltkrieg hineingeritten hat, daß England nicht neutral bleiben wird, da schlägt seine Stimmung um, die Maske fällt ihm vom Gesicht. Seine Randbemerkungen werden anglistisches Begreine und salbadernde Moralpredigten gegen England, bald schimpft er, der Sohn einer englischen Mutter, wie ein Marti-

wild auf die Engländer „urgemein und mephistophelisch, aber echt englisch,“ bald schwelgt er in kindischen Rachephantasien, deren Hirnverbranntheit kaum je von dem weltfremdesten alldeutschen Schulprofessor überboten worden ist. Weil er einmal in Jerusalem und in Marokko orientalischen Nummernschanz aufgeführt hat, glaubt er, auf die Kränkung seiner allerhöchsten Person hin werde sich die ganze mohamedanische Welt „gegen dieses verlogene gewissenlose Krämervolk“ erheben. Die „deutschen Agenten“ sollen den Aufstand besorgen. Räuberhauptmannphantasie, allenfalls entschuldigbar durch die ansteckende Nähe des Unterstaatssekretärs Zimmermann. Und schließlich der für die innere Verzweiflung kennzeichnende Ausruf: „Wenn wir schon verbluten sollen, soll England wenigstens Indien verlieren!“ Mag mein Völl verbluten, wenn ich nur dem Gegner in die Nase beiße! Er sieht das bittere Ende voraus, aber anstatt alle Kraft daran zu wenden, das heranrollende Verhängnis auszuhalten, tröstelt er sich mit dem Gedanken, daß vielleicht bei Gelegenheit des deutschen Verblutens auch England ein Schabernack gespielt werden könne. Pater patriae!

Das Finale: Vollendete Hofflosigkeit des innerlich Zusammengebrochenen. Die Angst macht ihn närrisch. Er gibt sich gar keine Mühe mehr, seinen Zustand zu verbergen. Nachdem Graf Pourtales es fertig bekommen hat, die Kriegserklärung an Rußland mit zwei Begründungen zu übergeben, von denen — je nach Lage der Dinge — nur die eine oder die andere für den Weltöffentlichkeit bestimmt war, übertrumpft Wilhelm dieses Meisterstück an Hofflosigkeit noch höchst persönlich, indem er neun Stunden nach der Kriegserklärung als „Willy“ an seinen lieben „Mili“ telegraphiert! — „Ich muß auf das erste von Dir verlangen, daß Du unverzüglich Deinen Truppen Befehl gibst, auch nur die leiseste Verletzung unserer Grenzen zu vermeiden.“ Neun Stunden nach der Kriegserklärung. Dieser Geisteszustand ist nicht mehr zu überbieten! —

Wir haben im Vorstehendem mit Absicht nur von der Persönlichkeit Wilhelms, nicht von seiner Politik gesprochen. Das Urteil über seine Politik wird erst auf Grund eingehender, vollständiger Kenntniss zu fällen sein. Das Urteil der Geschichte über seinen persönlichen Charakter steht fest, es ist das Urteil, gegen das er sein ganzes Leben gekämpft hat und dem er doch nicht hat entgehen können: „Wilhelm der Furchtsame“.

### Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 11. Dezember. Eröffnung der Sitzung um 1.20 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über die

Änderung des Bankgesetzes. Reichsbankpräsident Hagenstein begründet die Vorlage, die eine Verlängerung des Privilegs der Reichsbank für das kommende Jahrzehnt fordert und die Beteiligung des Reiches am Reingewinn der Bank neu regelt, sowie die Organisation der Banken den durch den Friedensschluß geschaffenen Verhältnissen anpassen will.

Abg. Debrüß (Dem.) beantragt Ueberweisung des Entwurfes an den 6. Ausschuss. Das Haus stimmt dem zu. Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichsmotopfeses.

Ein Reihe von Paragraphen wird nach den Ausschüßbeschlüssen angenommen. Bei § 17 werden die Anträge Wundt (Str.), die vom Ausschuss vorgeschlagenen Abände 3 und 4 (Gesellschaftsvermögen bei eingetragenen Genossenschaften) wieder gestrichen.

Zu § 18 beantragt Abg. Dr. Duard (Soz.) die Zusage des Ausschusses, die infolge einer Koalition zwischen der Rechten und dem Zentrum ein Privileg für landwirtschaftliche Grundstücke in das Gesetz hineingebracht haben. Ein entsprechender Antrag Dr. Braun-Ebbe (Soz.) wird die betreffenden Abände wieder streichen.

Abg. Harwid (Str.) tritt für den Antrag Wundt ein, die von den beidhändigen Abände der Ausschüßberatung zu streichen, dafür aber einen Absatz einzufügen, wonach auf die Bestimmungen der Reichsbankverordnung Bezug genommen werden soll.

Abg. Dr. Becker-Oeffen (D.D.) tritt für die Ausschüßfassung ein. Abg. Wundt (Str.): Der einzige reale Wertmesser für Grundstücke ist doch schließlich ihr Ertrag. Wenn das Motopfer

mit 5 Prozent verzinst werden muß, müssen wir das Zwangslos des Ertrages als Ertragswert für Grundstücke einsehen. Der Antrag Wundt wird angenommen.

Bei § 18a bemerkt auf einen Antrag des Abg. Wundt Finanzminister Erzberger: Der Vermögensstand der Reue, der kann nicht nach dem augenblicklichen Wert gemessen werden. Rationale Gesichtspunkte müssen bei der Einschätzung der Schiffe maßgebend sein.

Die §§ 5 und 20 werden unbedändert angenommen. Bei § 23 bemerkt anlässlich eines Antrages von Abg. Rumm (D.N.), der abgelehnt wird.

Finanzminister Erzberger, daß auch bei der Bezahlung noch nicht getilgter Beträge des Notopfers für Verfallene durch deren Erben, soweit Lebensversicherungen in Betracht kommen, mögliche Erleichterungen und Entgegenkommen durch die Behörden stattdessen sollen.

Auf Antrag Wundt wird § 25a angenommen, wonach Aktiengesellschaften usw. die zur Verzählung der Abgabe erforderlichen Mittel aus den gesetzlichen Reservefonds entnehmen dürfen.

Der Rest des Gesetzes wird nach kurzen Auseinandersetzungen angenommen. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Anfragen, keine Vorlagen. Schluß 5 1/2 Uhr.

### Das Wahlalter im Betriebsrätegesetz.

Berlin, 11. Dez. Am Betriebsräteauschüß der Nationalversammlung wurde auf Grund eines sozialdemokratischen Antrages das Wahlalter auf 18 Jahre festgelegt. Wählbar zum Betriebsräte sind Arbeitnehmer beiderlei Geschlechts vom 21. Jahre an.

### Umsatzsteuer.

Berlin, 11. Dez. Bei der zweiten Beratung des Umsatzsteuergesetzes im Steuerausshüß der Nationalversammlung wurde die Inzestenersteuer auf 10 Proz. festgelegt. Dieser Satz ermäßigt sich jedoch auf einen Antrag Wundts auf 2 Proz. für die 100 000 M. der gesamten Inzestenernahmen auf 8 Proz. für die zweiten 100 000 M. usw. bis 9 Proz. nach einem Antrag Dr. Spahn (Str.) wurde die Platzsteuer auf 5 Proz. festgelegt. Die Hotel- und Depothsteuer beträgt 10 Proz., doch kommt bei der ersten bei einem Tageentgelt bis zu 6 M. nur der allgemeine Steuersatz von 1 1/2 Proz. zur Anwendung.

### Untersuchungsausschüß.

Berlin, 11. Dez. Der parlamentarische Untersuchungsausschüß der Nationalversammlung beschloß heute mit allen gegen zwei Stimmen in Erledigung der Frage, die das Verhalten des früheren Staatssekretärs Dr. Peifferich bei seiner Vernehmung aufzuwachen hatte, zu erklären, daß jedes Mitglied des Untersuchungsausschüßes Fragerecht habe und infolgedessen auch jeder Auskunftsperson die Antwortpflicht jedem Ausschüßmitglied gegenüber obliegt.

### Deutsche Kriegsakten.

#### Kronprinzenpolitik.

Berlin, 11. Dez. Die von Rautsky gesammelten und von den Herren Schüding und Graf Montgelas in amtlichem Auftrag herausgegebenen deutschen Aktenstücke über den Kriegsausbruch sind erschienen. Ein politisches Urteil über ihren Inhalt kann natürlich erst nach gründlichem Studium abgegeben werden. In der Vorbermerkung der Herausgeber, die sich hauptsächlich auf ihre Arbeitsmethoden bezieht, wird bezüglich der Marginalbemerkungen des Kaisers folgendes gesagt:

„Von Rautsky sind auch die Randbemerkungen des Kaisers mit in den Abdruck der diplomatischen Urkunden aufgenommen worden. Welch grundsätzliche Bedeutung dieser Ereignisse beizumessen ist, kann an dieser Stelle nicht untersucht werden. Gelegentlich erlaßt sich aus den Akten selbst, daß die Randbemerkungen zu spät eintrafen, um für die Entscheidung noch irgendwie bemerkt werden zu können. In anderer Stelle ergaben die Akten, daß es sich um Verfügungen handelte, die nicht zur Ausführung gelangt sind. Sehr häufig handelt es sich um den Ausbruch momentaner Stimmungen. Zur Erleichterung der Prüfung, welchen Einfluß irgend eine kaiserliche Meinungsäußerung gehabt haben könnte, ist regelmäßig bemerkt, wann das betreffende Aktenstück mit den Aktennotizen zur amtlichen Stelle zurückgekehrt wurde oder wann die Akten sonst der zuständigen Berliner Stelle zur Kenntnis gebracht worden sind.“

„Dagegen war“, erklären die Herausgeber weiter, „eine Bearbeitung der Akten des früheren Kriegsministeriums und Reichsmarineamtes sowie des General- und Admiralsstabes bei der knapp bemessenen Zeit nicht möglich.“

In der Sammlung Rautsky's, die sich als sorgfältig durchgeführtes Unternehmen darstellt, ist nur wenig ge-

### Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen von Harald Landrup.

„Ich fände es schlimmer, wenn Gott mit Ihnen fertig wäre,“ erwiderte Christensen und ging mit der Würde eines großen Mannes der Türe zu.

„Er rappelt wirklich,“ sagte der Schneider, als Christensen draußen war. „Ich muß Ihnen beinahe darin zustimmen, Andersen, daß es eine Sünde ist, den Ärmsten zum Besen zu haben. Wenn es nur nicht so lustig wäre.“

„Doch jetzt müssen Sie die Werkstätte allein hüten,“ fügte er einige Minuten später hinzu, „ich habe einen Geschäftsgang zu machen.“

Nachdem Andersen verbrochen hatte, daß er alles bestens besorgen werde, nahm Blomberg seinen Hut und ging. Sein Geschäft bestand im Kartenspiel in einer benachbarten kleinen Wirtschaft.

Andersen aber war einer jener altmodischen Menschen, die eben so fleißig sind, ob der Meister da ist oder nicht. Er sah treulich an der Nähmaschine, die so schnurrte und span, daß Mons, der in seinem Korb saulenzte, ganz neidisch wurde. Und dabei summt der junge Menich eine melancholische Weise vor sich hin, denn es tritt sich besser im Lakt, wenn man singt. Bisweilen mußte er innehalten, um den Stoff zurecht zu schieben; aber schon im nächsten Augenblick summt Andersen und die Maschine weiter.

Plötzlich klopfte es. Bum — bum, als ob mit einem Stock an die Tür geschlagen würde.

Andersen stand auf und rief: „Gerein!“ Die Tür öffnete sich, und es erschien ein langer Knotenstock, der wie ein junges Büchhorn nach allen Seiten tastete. Nach ihm kam ein breitschulterige Gestalt, die die ganze Öffnung ausfüllte. Es war der blinde Mann aus der Manufaktur.

Langsam näherte er sich Andersen, richtete seine großen gewölbten Augengläser auf ihn und fragte mit gedehnter Stimme:

„Ist der Schneider daheim?“

„Augenblicklich nicht,“ antwortete Andersen, „aber er wird sofort kommen. Wollen Sie nicht einweilen Platz nehmen?“

Wieder tastete der Stock umher. Andersen zog einen Stuhl herbei, nahm den Blinden beim Arm und drückte ihn darauf nieder.

„Ich danke Ihnen,“ sagte der Gast. „Sind Sie vielleicht Andersen?“

„Ja.“

Kerzengerade blieb der Blinde sitzen und ließ aus alter Gewohnheit den Stock in kleinen runden Kreisen tastend über den Boden gleiten. Er war ein Mann in den besten Jahren, gut gekleidet, sah kräftig und gesund aus — der Typus eines rüstigen Mannes, ein erbfindeter Riese.

Andersen ging an seine Nähmaschine zurück und arbeitete weiter.

„Blind sein ist nicht leicht, Andersen,“ begann der andere, nachdem er eine Weile still dagehessen hatte. „Das glaube ich,“ sagte Andersen teilnehmend. „Aber Sie haben sich wohl allmählich daran gewöhnt?“

„Man gewöhnt sich an alles, wenn es nur nicht zuviel Arbeit macht,“ antwortete der Blinde. „Es ist ja auch schon viele Jahre her, seitdem das Unglück gescheh.“

„Wodurch sind Sie eigentlich blind geworden?“

„In der Pulverfabrik — Pulver ist etwas Gefährliches.“

„Das habe ich gehört,“ antwortete Andersen. „Vor allem darf kein Funke hineinkommen; nicht wahr?“

„Pulver ist unberechenbar,“ gab der Blinde zur Antwort, während er seinen Stock nachdrücklich auf den Fußboden stieß. „Ein Chemiker in unserer Fabrik sagte, im Pulver liege der leibhaftige Teufel.“

„Aber das war doch nicht sein Ernst?“ rief Andersen erschrocken.

„Das kann man nicht wissen; etwas Teufliches ist auf jeden Fall dabei. Oder können Sie mir vielleicht sagen, warum ein Faß Pulver plötzlich in die Luft steigt? Ich erinnere mich noch deutlich an jenen Tag, als es gescheh.“

Ein Kollege von mir füllte Patronen ein; er hatte einen kleinen hölzernen Hammer, mit dem er das Pulver festklopfte. Die Patronenhüllen sind nämlich stets aus Kupfer, müssen Sie wissen, weil Holz und Kupfer keine Funken erzeugen.“

Er schwieg und verank in Gedanken über dieses große Ereignis, vielleicht war es die einzige besondere Begebenheit seines Lebens.

„Und was geschah dann?“ forschte Andersen eifrig.

„Ich stand bei meiner Arbeit und dachte an gar nichts,“ erzählte der Blinde — „da lebe ich plötzlich etwas wie einen Funken oder ein kleines blaues Zerrlicht, das von dem Hammer in das Pulverfaß hinabpringst, und im selben Augenblick durchnagt mich der Gedanke: Wenn jetzt nur nichts passiert! Gleich darauf flammt ein Blitz auf, erlöt ein Knall, und dann ist, als wade mich jemand bei der Brust und schleudere mich zu Boden.“

Wieder vertiefte er sich in die Erinnerung daran, bis Andersen sich zu fragen erlaubte, was er sonst noch gesehen habe.

„Nichts,“ erwiderte der andere. „Als ich wieder zu mir kam, war ich blind. Sie müssen wissen, daß der Augenarzt, der hier irgendwo im Hofe liegt,“ er deutete hinter seine Brillengläser, „ein kleiner, feiner Faden ist, ähnlich den feinen Drähten, die Sie in Glühlampen sehen — Und wie ein solcher Draht in der Lampe ausbrennen kann, wenn der Strom zu stark ist, so kann auch der Augenarzt durch eine Erploion zerstört werden und das war bei mir der Fall. Das weiß ich von meinem Professor.“

„Und was wurde aus Ihrem Kollegen?“

„Den haben sie buchstäblich mit Beien und Schanfel zusammengesetzt, Andersen.“

„Barmherziger! So starb er wohl gar?“

„Er war schon tot, ehe er an die Decke hinaufkam und bis er den Boden erreichte, waren überhaupt nur noch Teile von ihm da.“

„Ja ja, der Tod kommt oft recht plötzlich, das sieht man an Madame Lorien,“ murmelte Andersen.

Nr. 290.

ändert Profef aller malig derfeldt zuzen Krciditf

U. einig erles Hollw 21. Su

Reifer erteilt wieder zu tre den W leutna schäre folg it denen in sch nicht vor be denen haben. Sonde ruffid worden Politi zuverl rüßst prinze Ich ha ren W e n e a Situation ur ge und a t a n e Feiner lekt be Stund gange ange junge lo fa hmen Fuer alsda Herbo

De von u Verti voll es srech langse fermet ch e halten besten haubt nur g Polit

D Jansl

G forlan gende Krön Kron

M an de tereß der S

Curc Defeb Admi dunge Betri haben Maßf losatit dunge daß Fein Krieg reichd aller keine

D auter

eingel Robit landt lich g Landt kein nicht allger griffe

Rebu

in O

Kron Schw defan heger Kober es be verab friedl

Zeit,“ sagte der Blinde

(Fortsetzung folgt.)

ändert. Zusammenfassend kommen Graf Montagu und Professor Schöding zu dem Schluss, daß sich eine Aufhellung aller Vorgänge nur dann erreichen lasse, wenn die ehemaligen feindlichen Staaten sich entschließen könnten, mit derselben rückhaltlosen Offenheit ihre Urkunden der ganzen Welt vorzulegen, wie es die deutsche und die österreichische Republik getan haben.

Aus dem Inhalt der Akten geben wir vorläufig nur einige Einzelstücke als Beispiele wieder. Als erstes einen Depeschenwechsel zwischen Bethmann Hollweg dem Kaiser und dem Kronprinzen vom 20. und 21. Juli über das politische Hervortreten des Kronprinzen.

Hohenhausen, 20. Juli 1914.

Euer Majestät muß ich alleruntertänigst melden, daß Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz entgegen den höchsten Interessen und von ihm auch akzeptierten Maßnahmen neuerdings wieder mit telegraphischen Rundgedungen an die Öffentlichkeit zu treten beginnt. So hat Seine Kaiserliche Hoheit in der letzten Woche sehr warme Zustimmungstelegramme an den Oberleutnant a. D. Frobenius zu der von diesem verfaßten Broschüre „Des Reiches Schicksalskunde“ und an den Prof. Buchholz in Bosen zu einer von diesem in Proschürenform vertriebenen Broschüre „Die deutsche Lage“ geschickt. Frobenius weist auf die schwierige Lage Deutschlands hin, gefüllt mit aber gleichzeitig in adreßierten kriegsbehebenden Verleumdungen. Buchholz benützt eine von glühendem Patriotismus getragene Guldigung vor dem großen Kanzler zu bestigen Angriffen auf die Männer, denen Euer Majestät verantwortungsvolle Ämter übertragen haben. Beide Telegramme sind in der Presse veröffentlicht, in Sonderheit dasjenige an Frobenius ist von der englischen russischen und französischen Presse als Zeichen dafür angesehen worden, daß der Kronprinz sich in einem Gegensatz zu der Politik Euer Majestät stelle und daß er zum Kriege treibe. Aus zuverlässiger Quelle weiß ich aber auch, daß in den Regierungskreisen der Tripartente dieses Hervortreten des Kronprinzen als ein bedenkliches Symptom ernst beachtet wird. Ich habe mir erlaubt, Seine Kaiserliche Hoheit in einem längeren Briefe dringend zu bitten, von derartigen Rundgedungen abzusehen, die, ohne Kenntnis der momentanen politischen Situation und der diplomatischen Zusammenhänge abgefaßt, nur geeignet seien, die Politik Euer Majestät zu kompromittieren und zu konterkarieren. Dabei habe ich auf die momentane gespannte Lage ausdrücklich hingewiesen. Ich habe keinerlei Sicherheit dafür, daß Seine Kaiserliche Hoheit diese Bitte erfüllt, besorge vielmehr ängstlich, daß Höchstpersönlich, wenn jetzt das österreichische Ultimatum an Serbien bekannt wird, mit Rundgedungen hervortreten möchte, die nach allem Vorausgegangen von unseren Gegnern als gewollte Kriegstreiberie angesehen werden, während es doch nach Euer Majestät Weisungen unsere Aufgabe ist, den österreichischen Konflikt zu lokalisieren. Die Lösung dieser Aufgabe ist schon an sich so schwierig, daß auch keine Zwischenfälle den Ausschlag geben können. Ich wage deshalb die untertänigste Bitte auszusprechen, Euer Majestät möchte Seiner Kaiserlichen Hoheit durch einen alsbaldigen telegraphischen Befehl persönliches politisches Hervortreten huldvollst unterlagen.

Alleruntertänigst v. Bethmann Hollweg.

Der Kaiser an den Kronprinzen. Telegramm ohne Nummer.

Salholm, 21. Juli 1914.

Ich erhalte soeben vom Reichskanzler folgenden (vorstehend von uns wiedergegebenen) Telegramm. Ich appelliere an Dein Verständnis dafür, wie außerordentlich peinlich und schmerzvoll es mir sein muß, daß Du trotz Deiner mir gegebenen Versicherungen schon wieder durch Dein Verhalten den Reichskanzler zwingst, mir solche Bitte vorzutragen. Ich appelliere ferner an Dein Pflicht- und Ehrgefühl als preussischer Offizier, der gegebene Versprechen unbedingt zu halten hat und erwarte mit aller Bestimmtheit, daß Du Dich besonders jetzt bei der Spannung der Lage, so wie hinfort überhaupt, jeglicher politischer Äußerung Dritten gegenüber, die nur geeignet sind, meine und meiner demütigsten Angehörigen Politik zu stören, ein für allemal enthalten wirst.

Papa Wilhelm.

Der Gesandte im kaiserlichen Gesolge an den Reichskanzler.

Salholm, 23. Juli 1914.

Eurer Ergehung beehre ich mich im Anschluß an meinen geopferten Bericht vom 21. d. Mts. zu melden, daß soeben folgendes Telegramm bei Seiner Majestät dem Kaiser und König eingegangen ist: „Befehle werden ausgeführt.“ Wilhelm, Kronprinz.

Graf Wedel.

Am 25. Juli 1914 depeschierte der Reichskanzler an den auf der Nordlandreise befindlichen Kaiser. Interessant sind die Marginalbemerkungen, die der Kaiser zu diesen Depeschen macht:

Der Chef des Admiralsstabes der Marine teilt mir mit, daß Euer Majestät mit Rücksicht auf ein Wolkstelegramm der Flotte Befehl zur schleunigen Vorbereitung der Heimreise erteilt haben. Admiral von Rohl dürfte Eurer Majestät inzwischen die Meldungen Eurer Majestät Marine-Attaches in London und des Vertrauensmannes der Marine in Portsmouth unterbreitet haben, wonach die englische Marine keinerlei auffällige Maßnahmen trifft, vielmehr die früher beobachteten Dislokationen planmäßig ausführt. Da auch die bisherigen Meldungen Eurer Majestät Botschafters in London erkennen lassen, daß Sir Edward Grey vorläufig wenigstens an eine direkte Teilnahme Englands an einem eventuellen europäischen Krieg nicht denkt und auf tünlichste Lokalisierung des österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikts hinarbeiten will, wage ich alleruntertänigst zu bescheiden, daß Euer Majestät vorläufig keine verfrühte Heimreise der Flotte befehlen.“

Bethmann Hollweg.

Die Bemerkungen des Kaisers zu dieser Depesche lauten:

\*) Unglaubliche Zumutung! Unerbört! Ist mir gar nicht eingefallen!! Auf die Meldung meines Gesandten von der Mobilmachung in Belgien! Diese kann Mobilmachung Deutschlands nach sich ziehen, wird Mobilmachung Österreichs nach sich ziehen! In diesem Falle muß ich meine Streitmacht zu Lande und zu Wasser bekommen haben, und in der See ist kein einziges Schiff! Ich pflege militärische Maßnahmen nicht nach einem Wolkstelegramm zu treffen, sondern nach der allgemeinen Lage, und die hat der Zivilkaiser noch nicht begriffen! B.

\*\*) Braucht sie nicht! Sie ist bereits kriegsbereit, wie die Rebe einem gezeitigt hat und hat mobilisiert!

\*\*\*) Wenn Ausland mobil macht, muß meine Flotte schon in See sein. Also fährt sie nach Hause!

Aus diesen Äußerungen geht hervor, wie der ehemalige Kronprinz in der ihm eigenen frivolen Art der Regierung Schwierigkeiten gemacht hat. Das frivole Gerücht stand bekanntlich vollständig im Sinne der allseitigen Kriegshetze. Trotzdem hat der ehemalige Kronprinz, der im November als elender Feigling heimlich genommen hat, es vor einigen Wochen verstanden, dem deutschen Volke in verabredeten Briefen an Offiziere vorzuliegen, er sei immer friedlich gesinnt gewesen. Was die Randbemerkungen von

„Papa Wilhelm“ betrifft, verweisen wir auf den heutigen Zeitartikel.

**Badischer Landtag.**

10. öffentliche Sitzung.

Der badische Finanzminister zur „Verreichlichung“ gr. Karlsruhe, 11. Dezember.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 4.25 Uhr. Auf Anfrage des Abg. Müller-Karlsruhe (Soz.) wegen Preissteigerung des Kuchholzes teilt Minister Memmel mit, daß die Kuchholzpreise dem Reichsmarkt sei, da wir uns auch hier dem Weltmarktpreis nähern. Eine durchgreifende, aber bedenkliche Maßnahme wäre die Zwangsbeschaffung, die jedoch im ganzen Reich eingeführt werden müßte. Auch brauchen wir Kuchholz zur Ablieferung nach Nordfrankreich, jedoch es nicht möglich ist, hier zweierlei Preise zu machen. Eine allgemeine Preisbegrenzung wird auch hier erst die Besserung der allgemeinen Lage bringen.

Der Gesandtenrat über die Änderung des Wohnungsgeldgesetzes wird in zweiter Lesung einstimmig angenommen. Verlesung der Rechnungsjahres.

Abg. Marum (Soz.) berichtet namens der Kommission über den Gesandtenrat zur Verlesung des Rechnungsjahres vom 1. April 1920, demzufolge die- jenigen Bewilligungen und Bestimmungen wirksam bleiben, die im Staatsvoranschlag für 1918 und 1919 nebst den Nachträgen im ordentlichen Etat veranschlagt sind. Die Staatskassen bleiben bis zum 1. April 1920 in der bisherigen Höhe, wodurch auch die außerordentlichen Zuschläge für dieses Vierteljahr erhoben werden. In einem Antrage des Haushaltsausschusses wird ein Gesandtenrat verlangt, demzufolge Vorzüge getroffen werden soll, das wesentliche Veränderungen in der Höhe des Einkommens und Vermögens — bei Vermehrung oder Verminderung — die spätestens am 1. April 1921 eingetretene sind, noch zu- gunsten Badens und der Gemeinden veranlagt werden, wenn auch das Einkommen und Vermögenssteuergesetz mit dem 1. April 1920 außer Kraft tritt. Im Anschluß hieran hält es die Kommission für notwendig, auch das Rechnungsjahr der Gemeinden zu ändern. Doch soll diese Änderung nicht durch Gesetz erfolgen, sondern soll bei der Vielgestaltigkeit dem Ministerium des Innern anheimgestellt werden. Das bisherige Budget der Gemeinden kann also durch Gemeindefiskus automatisch bis 1. April verlängert werden.

In der Einzelberatung bringt Abg. Glöckner (Dem.) Wünsche für Handel und Industrie nach Steuerherabsetzung vor. Der Gesandtenrat wird nebst Kommissionsanträgen einstimmig angenommen.

Fortsetzung der Interpellation über das Reichsministerium für Verkehrswesen.

Finanzminister Dr. Wirth: Wenn der Abg. Seubert meint, daß man in Berlin über unsere Räder hinweg regiere, dann müßte die badische Regierung ja toposlos sein. Dies trifft jedoch nicht zu. Es scheint mir, daß die Friedigung der Weimarer Verfassung von unserm Volke nicht genügend beachtet würde. Sonst lämen nicht jetzt die Proteste. Denn heute vollzieht sich die Ausführung der Weimarer Verfassung. Darüber jetzt Protest zu erheben, hat keinen Sinn mehr, gegen eine unablenkbare Vereinheitlichung wenden wir uns. Es gibt vernünftige Stimmungen gegen die Verreichlichung und solche, deren Urteil durch keinerlei Sachkenntnis getrübt werden. Es ist ganz unmöglich, daß die einzelnen Länder auf die Dauer die Schuldentschuldung bei der Bahn weiter tragen können. Es ist richtig, daß die Einnahmen unserer Bahnen gemachsen sind. Dies geschah aber durch Erhöhung der Tarife. Diesen Einnahmen stehen jedoch ungeheure Mehrkosten gegenüber. Die Einnahmesteigerung betrug 21 Proz., die Ausgabensteigerung dagegen 87 Proz. Der Betriebsausfall von 1919 erag ein Mehr von 123 Millionen. Unsere Eisenbahnschuld wird 719 Millionen Mark in diesem Jahre betragen. Die Beamten- und Arbeiterverehrschaft ist beunruhigt, weil Baden nicht im Reichsverkehrsministerium vertreten sei. Die Regierung tat alles, um eine Vertretung durchzusetzen und wir haben erreicht, daß die Interessen Badens gewahrt werden. Wir werden der Volksvertretung, die Beamten und Staatsarbeiter stetig über die Verreichlichung unterrichten. Wir werden auch die Eisenbahnrat beiziehen. Speziell die Arbeiter haben ein großes Interesse, unterrichtet zu werden, wegen der Orisklassen, Kinderzulagen usw. Die Verbände der Beamten und Arbeiter haben sich selbst zu Organisationsvertretungen bei der Verreichlichung aufgeschlossen. Es ist dies ein Zeichen des Volksstaates, daß die Organisationen bei der Verreichlichung mitwirken. Mit diesem Verfahren werden wir fortfahren. Ohne ein zufriedenes Eisenbahnpersonal können wir nicht arbeiten; deshalb müssen Beamte und Arbeiter für die Dinge interessiert werden. Wir sind in der Verreichlichungsfrage in Berlin über die ersten Formen einer Generaldebatte noch nicht hinausgekommen. Es ist sinnlos, jetzt eine Agitation zur Verschleppung der Verreichlichung ins Leben zu rufen. Die Verreichlichung dieser Fragen sind nicht mehr aufzuhalten. Wir müssen auf dieser Bahn weitermarschieren, wobei wir sehen müssen, in den Personen- und in den Wirtschaftssfragen nicht unter den Wagen zu kommen. Selbst ein Aktor, wie ihn einzelne wünschen, kann eine in fünfjährigem Krieg heruntergekommene Wirtschaft nicht in wenigen Wochen heben. Wir müssen erst den Verkehr organisieren, bevor die Wirtschaft sich heben wird. An der jetzigen Verkehrsnot ist nicht das Reich schuld. Die Gründe über die frühere Verreichlichung sind vorgelesen, liegen in den finanziellen Nöten, im Ausgang des Krieges, in Erscheinungen der Revolution, in der nicht genügenden Ausnützung der Wasserstraßen usw. Der erste Reichstag über die Bahnen wird ein Sammelrat der einzelnen Länder sein. Das Land ist dann am besten daran, das am schnellsten gelaufen ist. Bayern ist hierbei nicht gerade bescheiden gewesen. Wir müssen die Wünsche unserer Beamten in den ersten Etat des Reiches hineintragen. Wir werden deshalb voraussichtlich dem Landtag noch einen 8. Nachtrag zum Etat überreichen müssen, auch wenn es in Preußen nicht gerne gesehen wird.

Die Personalunion zwischen dem Leiter des Landesfinanzamtes und dem Eisenbahnministerium hat sich bewährt, trotz der merkwürdigen Stellung der rechtsstehenden Presse (Zwischenruf: Auch die demokratische Presse, die badische Presse) Ich weiß nicht, ob die „Badische Presse“ als demokratisch zu bezeichnen ist. Ich begrüßwünsche die Weisheit der „Presse“, die sich das Studium mit der Rede des Herrn Düringer hat ins West legen lassen. Ich habe die Zustimmung, daß die Eigenart der Länder bei der Verreichlichung gewahrt bleibt. Dieser Eisenapparat läßt sich nicht von heute auf morgen konstruieren; darüber gehen Wochen und Jahre hin. Die Anstellung, Verlesung und Disziplinverfahren, kurz die Personalfragen werden nicht nach Berlin kommen; das muß im Lande bleiben. Einen anderen Vertrag würden wir nicht unterschreiben. Was Bayern in den Vertrag bekommt, müssen auch wir hineinbekommen. Wir werden den Vertrag zu machen, daß unsere Beamten und Arbeiter geschützt sind. Auf alle Fälle unterliegt der Vertrag der Beschlußfassung der Volksvertretung. Die Reichsbeschuldungsordnung soll auf 1. April fertig werden; die Beamten erhalten sicher im Laufe des nächsten

Jahres die Höhe des Reiches ansbezahlt. Wir müssen zuvor noch die Härten unseres Gehaltsstarifs beseitigen. Die Schattenseite der Verreichlichung liegt darin, daß man die Einzelheiten des Bahnaufbaues und persönliche Dinge nicht so ausführlich behandeln kann. Bei aller Kritik wird jedoch verneint, daß wir den Krieg verloren haben und über uns der Vertrag von Versailles steht. Wichtig ist vor allem, daß die Moral gehoben wird. Wir haben den Erlaß herausgegeben, daß der Beamte, der sich an fremdem Gut vergreift, entlassen wird. Hier wird restlos ausgeführt. Bei der Entschädigung kann man den früheren Wert nicht zugrunde legen. Wir haben alles getan um unsere Landesinteressen zu wahren und ich sehe ein Wohlwollen des Reiches die Interessen der Länder zu wahren (Weisfall).

Abg. Müller-Karlsruhe (Ztr.) tritt vor allem auf Verreichlichung des Personals bei der Verreichlichung ein; deshalb sind die Härten im Gehaltsstarif zu beseitigen; nachdem hier bisher viel verjäumt wurde. Die nichttatsmäßige Anstellung muß aus der Welt geschafft werden. Auf den Ausbau unserer Bahnhöfe können wir nicht verzichten.

Abg. Nausch (Soz.) betont, daß seine Fraktion restlos hinter der Rede des Finanzministers steht. Bei Gelegenheit wird eingehend darauf zurückzukommen sein. Zur Kohlennotfrage möchte ich feststellen, daß auf denhalten im Kohlenrevier ein Mehr gegenüber früher vorhanden ist. Trotz unseres Entgegenkommens haben wir nur soviel Kohlen, daß wir nur für 3 Tage Vorrat haben. Wir müssen deshalb gegen diese Behandlung von Berlin und des Reichskohlenkommissars protestieren. Baden hat in seiner Struktur als Grenzland ein volles Recht im Reichsverkehrsministerium Sitz und Stimme zu erhalten. Nun sind uns ja gemäß den Erklärungen des Ministers ein höherer Beamter und 2 mittlere Beamte im Reichsverkehrsministerium zugezogen, die uns ja die Erfahrungen mitteilen können. Neben dem Reichswirtschaftsministerium ist ein Reichsverkehrsparlament oder eine ähnliche Form am Platze. Lokale Bahnaufbaupläne müssen auch später im Lande ermöglicht werden. So stark wir für die „Verreichlichung“ sind, so dürfen diese Maßnahmen doch nicht auf Kosten unserer Landes gehen. Denn wir sind nicht gewillt, uns wie in der Kohlenfrage als Luft behandeln zu lassen. (Weisfall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) betont, daß wenn auch Bedenken gegen einen Nachtrag vorliegen, doch alles getan werden müsse, daß die badischen Beamten nicht schlechter wegkommen als die anderen. Auf dem Gebiet des Beschaffungswesens ist den einzelnen Ländern größere Freiheit einzuräumen. Ueber die Anstellung der Beamten müssen klare Vorschriften geschaffen werden.

Abg. Maier-Karlsruhe (Dk.) begrüßt namens seiner Fraktion die Verreichlichung der Bahnen, nicht nur der Staatsbahnen, sondern auch der Nebenbahnen. Wir wünschen jedoch, daß die Reichsbahnen dann auch deutsch bleiben und nicht das Schicksal unserer Handelsflotte teilen. Trotz „Verreichlichung“ sollen die Bahnen ihren heimatischen Charakter wahren. Man soll der Reichsregierung wegen der Kohlenfrage ein Mißtrauensvotum ausstellen.

Finanzminister Dr. Wirth teilt zunächst auf die mit der Frage zusammenhängende Anfrage bezüglich der Bahn Oppenau—Griesbach mit, daß dieses Projekt gesichert ist. Der Abg. Maier-Karlsruhe habe, wie es bei den Deutschen Nationalen üblich ist, eine Attacke gegen die Reichsregierung geritten. Ich möchte ihm entgegenhalten, daß die Reichsregierung zurzeit noch gar nicht die Macht über die Bahnen hat. Dieser Angriff war kein Meisterstück, Octavia.

Abg. Heig (Soz.) erklärt sich mit den Ausführungen des Ministers befriedigt. Unsere badischen Staatsarbeiter haben sich jederzeit bemüht, das Staatswohl zu fördern. Es ist zurückzuführen, daß die Staatsarbeiter nicht mehr so fleißig seien als früher. Die Arbeiter wollen dem Staat helfen; sie verlangen jedoch, daß der Staat auch ihre Forderungen erfüllt.

Abg. Seubert (Ztr.) ist befremdet, daß Baden nicht weitere und höhere Beamte im Reichsverkehrsministerium bekommt.

Abg. Maier-Karlsruhe (Dk.) meint, daß seine Attacke den Dank des Finanzministers hätte verdienen sollen.

Abg. Amann (Ztr.) äußert Personalwünsche.

Finanzminister Wirth kann nicht finden, daß durch die Ausführungen Seuberts, der ein weiteres Niveau wünschte, ein neuer Zug in die Debatte käme. Doch wir keinen Unterstaatssekretär im Reichsverkehrsministerium erhielten, bedauere ich. Doch ist nicht aller Tage Abend. Das wir Einfluß auf den Fahrplan haben, ist selbstverständlich. Der Eisenbahnrat muß den Fahrplan mitausarbeiten. Das jedes Land noch nach eine große Verbesserung vorlage macht, ist unmöglich. Soll jetzt noch jedes einzelne Land einen Lohnstarif machen? Wir müssen zu einem einheitlichen Lohnstarif kommen. Dies liegt auch im Sinne der Organisationen und es ist ein gesunder Gedanke.

Abg. Müller-Karlsruhe (Ztr.) äußert sich zu Lohnstariffragen. Man soll die Diebstähle nicht verallgemeinern.

Finanzminister Dr. Wirth wendet sich gegen den Abg. Müller und erklärt, daß er die Fälle nicht verallgemeinert habe. Im allgemeinen ist unsere Beamten- und Arbeiterschaft intakt; auch die Arbeitslust hat sich gehoben. Dies trifft für die ganze Arbeiterschaft erfreulicherweise zu. Angesichts der hohen Kosten müssen auch die Einzelfälle von Diebstählen ausgeglichen werden. Gegen Korruption muß jedoch vorgegangen werden. Solange der 8. Nachtrag nicht sicher ist, kann ich doch nicht Beträge einsehen. Auch wird kaum Lust bestehen, sich heute mit der Ausgleichszulage zu befassen. Dies ist die Sorge des kommenden Jahres.

Die Beratung der Interpellation wird geschlossen. Nächste Sitzung: Freitag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen. — Schluß der Sitzung: 7 Uhr.

**Gewerkschaftliches.**

Welcher Abschaffung des Trinkgeldsystems im Gastwirtschafts- gewerbe. Im Braunschweiger Gastwirtschaftsgewerbe kam ein Tarifvertrag zustande, wonach, bis zum 1. Februar 1920 in Braunschweig das Trinkgeldsystem abgeschafft sein muß. — Abschafft wurde es mit Wirkung ab 1. Januar 1920 auch in Erfurt, wo die Verhandlungen durch die fortgesetzte Verschleppungstaktik der Unternehmer nahezu ein Jahr gedauert hatten.

Deutsches in einer englischen Gewerkschaft. Ein eigenartiger Vorfall spielte sich im englischen Model- arbeiterverband ab. Drei deutsche Bildhauer, die vor dem Kriege dem Verband angehört hatten, aber während des Krieges interniert waren, wurden von ihrem Zweigverein abgewiesen, als sie sich nach der Entlassung aus dem Internierungslager wieder anmelden wollten. Der Zweigverein des Verbandes stellte sich auf den Standpunkt, daß die gegenwärtige Zeit für die Rückkehr dieser Ausländer nicht angemessen ist“ und daß „ihre Rückkehr eine Quelle der Meinungen sein würde“. Mit dieser Begründung erzwang er beim Vorstand des Verbandes eine Resolution über die Frage, ob aus der Internierung entlassene Ausländer wieder als Mitglieder aufgenommen werden dürfen.

Kunstreue liegt das Ergebnis der Urabstimmung vor. Die Beteiligung war sehr schwach. Von rund 20000 Mitgliedern haben nur 2957 abgestimmt und davon stimmten 1650 für die Zulassung und 1307 dagegen. Der deutschfeindliche Antrag ist also abgelehnt. Immerhin gibt es zu denken, daß er gestellt werden konnte, und daß er eine beachtenswerte Stimmzahl auf sich vereinigt.

### Zahswirtschaftliche Rundschau.

Eggensteiner Bauernprotest.

**7. Dez.** Zur Aufhebung der Zwangs- wirtschaft nahmen die hiesigen Landwirte in einer außerordentlichen Versammlung im Lammhale Zielung. Der Vorsitzende des Bad. Bauernbundes, Herr Müller-Karlruhe, forderte in seinem Referat die Landwirte zur Organisation auf, um höhere Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft zu erwirken. Jedermann weiß ja, wie gerade die Bauern in den letzten fünf Jahren verarmt sind. (1) Darum ist es ja selbstverständlich, daß der Herr Vortragende auch die Aufhebung der Zwangswirtschaft verlangte, unter deren Ausnahmegesetze die Landwirtschaft rein ausgezogen wird. — Gemeinderat Gen. Walz redete einer Verständigung zwischen Produzent und Konsument das Wort, niemand, auch die Arbeiter nicht, wolle, daß die Bauern umsonst arbeiten. Gemeinderat Gen. Stuk wies den Vorwurf des Referenten zurück, als ob Minister Klemme an den für manche Produkte zu niedrigen Preisen schuld sei. Daß die Kartoffeln anfangs November durch Militär geholt worden sind, und die weiteren unliebsamen Vorlesungen seinerzeit, seien die Schuld des Herrn Bürgermeisters, der die Gemeinde über die tatsächliche Lage und die Absichten der Regierung nicht richtig belehrt hätte. — Herr Gemeinderat Fuchs ließ dann über eine Resolution abstimmen, in der die Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert und gegen die „willkürliche“ Wegnahme der Kartoffeln aus den Läden durch Militär protestiert wird. Natürlich wurde dieser Wunsch — von den Bauern — einstimmig angenommen.

Wir gestatten uns dazu noch einige Bemerkungen. Was da im Lammhale vor sich ging, war nichts als Bauernfängerei und Wahnsinn für jene Partei, die früher einmal die „staats- schützende“ hieß. Die heutigen Schleichhandelspreise, die nach Aufhebung der Zwangswirtschaft die regulären sein würden, wären auch gar zu ideal. Es sie von den Verkäufern auch bezahlt werden können, das vergaß man zu erwägen. Es gibt eben Leute, die man dazu zwingen muß, ihre Mitmenschen auch leben zu lassen; und jenen Wucherern gegenüber verlangen wir: strenge Durchführung der Zwangswirtschaft, solange die Zwangslage des deutschen Volkes sie notwendig macht. Und die Zwangslage der Verbraucher ist jedenfalls schlimmer als die Zwangswirtschaft, welche letztere nicht verhindert hat, daß der Wohlstand des Bauernstandes eine ungeachtete Höhe erreicht hat.

### Badische Politik.

**Propagandataugung des „Südwestdeutschen Kanalvereins“** Vor einem größeren Kreise geladener Vertreter aus Regierung, Parlament, Stadtverwaltung, Handel und Industrie, namentlich auch von Mitgliedern technischer und wirtschaftlicher Vereine hat Herr Rautat Böhmer, Direktor der Tiefbauunternehmung Grün und Biffinger A.-G. Mannheim, am Freitag, den 12. v. M., nachmittags 8 1/2 Uhr, in der Mannheimer Kunsthalle einen Vortrag über die Ergebnisse der Entwurfsarbeiten für die Kanalisierung des Neckars unter Unterstützung von Lichtbildern. Anschließend an den Vortrag sind Ausführungen namhafter Wirtschaftspolitiker und anderer berufener Herren über die Aussichten und die praktische Durchführung der Pläne zu erwarten.

Mit der Tagung ist eine dreitägige Ausstellung der Entwürfe und eine Ausstellung für Wasserbau und Schiffahrt im Dianbau der Kunsthalle verbunden. Außer dem Südwestdeutschen Kanalverein, der Stadt und der Handelskammer Mannheim laden zu der Tagung folgende Vereinigungen ein: Verband Südwestdeutscher Industrieller, Allgemeiner Arbeiterverein (Verband Mannheim), Mannheimer Bezirksverein Deutscher Ingenieure, Bad. Architekten- und Ingenieurverein, Neobereverein Mannheim, Elektrotechnischer Verein Mannheim-Ludwigshafen, Reichsbund Deutscher Techniker (Ortsgruppe Mannheim).

Die außerordentliche evangelische Generalsynode ist gestern in zwei Sitzungen die Beratungen der neuen Verfassung der Landeskirche zu Ende. In der Vormittagsitzung begann man mit der Beratung der Paragrafen über den Oberkirchenrat, die in der Nachmittagsitzung beendet wurde. Ein Antrag des Hrn. Burch, wonach die evang. Kirche verlangen soll, daß der staatliche Einfluß bei Ernennung der Mitglieder des Oberkirchenrats künftig wegfallen solle, wurde abgelehnt. Nächste Sitzung Freitag vormittags 9 Uhr. — Der evangel. Oberkirchenrat hat gestern ein kirchliches Geleit erlassen, wonach die neue Kirchenregierung (die von der jetzt tagenden außerordentlichen Generalsynode gewählt wird) ihr Amt gleichzeitig mit der Wirksamkeit der neuen Verfassung beginnt. Ferner wird in dem Geleit bestimmt, daß die nächsten Neuwahlen dafür die Landessynode im Jahre 1920, im Falle der Unmöglichkeit im Jahre 1921 stattfinden haben.

### Jugend und Sport.

**Karlruher Naturfreunde.** Daß selbst die Verkehrsberne und viele andere Schwierigkeiten nicht vermögen dem Naturfreund die Wege zur Natur zu rauben, bewies wieder einmal ein Lichtbildvortrag der Ortsgruppe Karlruhe, des F.-S. „Die Naturfreunde“, zu dem sie am letzten Donnerstagabend ihre Mitglieder und Freunde nach dem Saal 3 der Brauerei Schrempf eingeladen hatte. Ein überfüllter Saal lauschte den Worten des Vortragenden, Herrn Dr. Ing. S. Müller, Vorstand des topographischen Instituts, Karlruhe, über sein Thema: „Die Karten und das Wandern“. Ausgehend davon, warum, wozu und wie die Karten erstellt werden, gab er an Hand einer großen Reihe von schönen und schönsten Lichtbildern eine, bis in das kleinste, eingehende Erklärung der badischen 25000teiligen topographischen Karte und deren Gebrauch. Er zeigte, wie selbst ein eingeweibter Kartenleser mit ein klein wenig Fantasie in der Lage ist, selbst aus der Karte heraus die schönsten Landschaftsbilder entziffern zu können. Der herrliche Beifall, der dem Vortragenden gezollt wurde, zeigte, daß er den Naturfreunden einen wahrhaft, genussreichen Abend beschert hatte.

### Aus der Partei.

**12. Dez.** Morgen Samstag, 13. Dez., findet in der „Ara“ eine Wahlversammlung statt. Wir erachten es als Pflicht eines jeden Genossen jetzt an den Winterabenden die Versammlungen zu besuchen. Die Diskussion in der letzten Versammlung hat gezeigt, daß in Gemeindeangelegenheiten noch manches zu besprechen und zu regeln ist.

### Aus dem Lande.

**Forst 5. Bruchsal, 10. Dez.** Ein frecher Einbruchdiebstahl wurde im Hause des Bäckermehlers Klumhofer verübt. Während dieser und seine Frau in der Wirtschaft beschäftigt waren, drangen Diebe in die Wohnung ein und entwendeten daraus sechs Milchkügelchen und 8 bis 10000 M. in barem Gelde.

**Karlsruhe, 9. Dez.** Die Selbstverjagereigenschaft wurde entzogen dem Landwirt Busch hier wegen Verheimlichung von Brotgetreide bei der Feststellung der vorhandenen Vorräte durch die Aufnahmekommission; die verheimlichten Vorräte wurden ohne Zahlung einer Entschädigung zugunsten der Reichsbrotgetreidekasse für verfallen erklärt.

**Aronau, 9. Dez.** Die Selbstverjagereigenschaft wurde entzogen dem Landwirt Max Deh von hier wegen Verheimlichung von Brotgetreide und Gerste bei der Feststellung der vorhandenen Vorräte durch die Aufnahmekommission; die verheimlichten Vorräte wurden ohne Zahlung einer Entschädigung zugunsten der Reichsbrotgetreidekasse für verfallen erklärt.

**Bundweiser (A. Effenburg), 10. Dez.** Die Scheune des Farmwärters Mebel ist niedergebrannt. Das Feuer wurde durch einen spielenden Knaben verursacht.

**Engen, 11. Dez.** In Anjessingen und in Belschingen wurde je ein landwirtschaftliches Anwesen durch Feuer zerstört. Es liegt ungewissheit Brandstiftung vor.

**Die Sparprämienanleihe** ergab im Bezirk der Reichsbankhauptstelle Mannheim über 80 Millionen Mark, in Mosbach 1 425 000 Mark und in Baden-Baden 5 270 000 Mark.

**Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.** Wegen der zunehmenden Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche in zahlreichen Bezirken des Landes sind die für die Dauer des Krieges zur Bekämpfung der Seuche getroffenen besonderen Anordnungen aufgehoben worden. Ebenso wurde die zugelassene Verküpfung der Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Seuche werden künftig wieder genau nach den einschlägigen Bestimmungen der Ausführungsverordnungen zum Viehseuchengesetz und der Vollzugsverordnung durchgeführt.

**Die Tabakbauern und das Bremer Abkommen.** Das Justizministerium hat die ihm unterstellten Behörden der Strafverfolgung ersucht, ihm die Strafakten gegen Tabakpflanzer wegen Nichtablieferung von Tabak vorzulegen zur Prüfung darüber, ob den Verhewerben der Tabakpflanzer wegen angeblicher Nichtablieferung des sogenannten Bremer Abkommens durch die Regierung abzuhelfen ist im Wege der Gnade oder auf andere Weise; und zwar sofern die betreffenden Pflanzler ihrer Ablieferungsverpflichtung aus der Ernte 1919 genügen.

**Die badische Architektenkammer.** Das Justizministerium gibt bekannt, daß sich unter dem Namen Badische Architektenkammer ein Bezirk Baden des Bundes deutscher Architekten gebildet hat, der sämtliche selbstständigen Privatarchitekten umfaßt. Die badische Architektenkammer ist die alleinige und ausschließliche Vertretung der selbstständigen Privatarchitekten. Der Vorstand führt die Verhandlungen mit den Behörden und hat gebeten, in allen Kaufakten des badischen Landes als Sachverständiger herangezogen zu werden.

### Aus der Stadt.

Karlruhe, 12. Dezember.

#### Deutschland und der Völkerverbund.

**11. Ueber dieses Thema** sprach am Mittwochabend in den „Vier Jahreszeiten“ in der Karlruher Ortsgruppe der deutschen Friedensgesellschaft vor leider nur wenigen Zuhörern Landtagsabgeordneter Dr. Kraus. Er führte u. a. aus: Nach fünf Jahren Weltkrieg und furchtbarem Völkerverbund steht heute im Mittelpunkt der internationalen Politik der Völkerverbundgedanke u. das Völkerverbundsproblem. Der Gedanke eines Völkerverbundes ist uralt. Die letzten 2000 Jahre sind demnach ausgefüllt mit Völkerverbündnissen und Kriegen, trotz der Lehren des Christentums von Völkervergemeinschaft, Humanität und Nächstenliebe. Nach der Völkerverwanderung kam in Europa das Feudalrecht zur Herrschaft, dessen Souveränität auf Gewalt und Macht beruhte. Aus den kleinen und kleinen Feudalstaaten wuchsen dann im Laufe der Zeit, durch gegenseitige Eroberungen, Vertreibungen und furchtbarem Völkerverbund, die modernen National- und Reichsstaaten heraus, die sich heute noch bekämpfen und sich heute noch füllen auf Macht und Gewalt. Die sich entwickelnde Weltwirtschaft hat die Völkerverbündnisse zur Erschließung internationaler Einrichtungen einladend gemacht. Besonders im Laufe des Weltkrieges hat der Völkerverbundgedanke durch einschüchternde Mächte an Kraft gewonnen. Deutsche Anhänger der Völkerverbündnisse wurden während des Krieges in ihrer Heimat nicht geduldet, sondern mußten sich vor den militärischen Gewalttätigkeiten ins Exil flüchten. Durch Gewalttätigkeiten von Versailles hat der Völkerverbundgedanke keinen in Deutschland an Ansehen eingebüßt. Wenn Deutschland nicht von Anfang an in den Völkerverbund aufgenommen wurde, so hat das verschiedene Gründe. Wir müssen heute mit der Tatsache rechnen, daß die ganze Welt erfüllt ist von Mißtrauen gegen uns Deutsche. Der Vertrag enthält aber weder ein Gebot noch ein Verbot der Aufnahme Deutschlands. Die Hauptbedenken des Völkerverbundes sind die Verdrängung, Kontrolle der Kriegsindustrie, ein Schiedsgerichtsverfahren, das alle Fälle behandelt, die den Frieden gefährden könnten. Alle Völkerverbündnisse müssen daher ihre Souveränität in mancher Beziehung begraben. Wir haben allen Grund, dafür zu sorgen, daß Deutschland bald im Völkerverbund vertreten sein wird und mitreden kann. An den Einrichtungen des Völkerverbundes ist ja kaum eine andere Nation mehr interessiert, als die deutsche; denken wir nur an die Verwaltung des Saargebietes, Danzigs, unserer früheren Kolonien usw. Ein Beweis für die Möglichkeit einer Mitarbeit Deutschlands ist praktisch schon gegeben beim ständigen Büro der internationalen Arbeiterkonferenz in Washington, wo ausdrücklich für Deutschland Stellen offen gehalten werden.

Durch unsere Gegenüberstellung zum Wilsonschen Völkerverbundentwurf haben wir uns ja übrigens bereits zur Völkerverbündnisse bekannt. Der deutsche Gegenentwurf hat annähernd den gleichen Inhalt, war aber viel weitgehend. In seiner heutigen Gestalt ist der Völkerverbund je weniger als andere als ein Ideal. Werden die heute noch schwebenden politischen Fragen nicht durch einen Völkerverbund gelöst, so stehen in Europa bald wieder Trümmer da.

Zum Schluß sprach der Redner noch über Pazifismus und Sozialismus. Die internationalen Gegenstände entkommen meist wirtschaftlichen Gründen. Solange wir kapitalistische Staaten haben, kann kein wahrer Völkerverbund entstehen. Das Ziel der Sozialisten aller Länder ist die internationale Wirtschaftsgemeinschaft, denn das ist Sozialismus. Wir müssen durch den Fall von Blut und Eisen hindurch. Der Mensch muß wieder zum Menschen reden. Darum gilt es Aufklärung hineinzutragen in die Massen der Bevölkerung über den wahren Inhalt des Völkerverbundgedankens. Wer dafür arbeitet, tut es zum Wohle des deutschen Volkes und damit zum Wohle jedes Einzelnen.

**Sozialdemokratische Partei.** Samstagabend 5 Uhr in der „Goldenen Krone“ Vorstandssitzung. Die Delegierten zur Wahlkonferenz werden gebeten ebenfalls an der Sitzung zu erscheinen.

**Daxlanden. (Sozialdem. Partei.)** Morgen Samstagabend 7 Uhr findet im „Karlruher Hof“ Mitglieder-Versammlung statt. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Die Parteigenossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

**Eisenbahnbetrieb.** Mit Rücksicht auf die dauernd ungenügenden Kohlenaufvuhren für die badischen Staatsbahnen und den äußerst knappen Kohlenvorrat sowie auf den Umstand, daß wegen des großen Mangels an betriebsfähigen Lokomotiven die Personenzuglokomotiven soweit irgend möglich zur Beförderung von Güterzügen herangezogen werden müssen, muß der Personenverkehr leider auch am 14. und 21. Dezember wie an den übrigen Sonntagen einstellt bleiben. Die weitestgehende Aufrechterhaltung des Güterverkehrs an den Sonntagen ist wegen der hauptsächlich infolge des starken Frostes eingetretenen Störung unerlässlich.

Der Preis für Weihnachtstörzen. Es werden zurzeit Weihnachtstörzen zu Wuchpreisen angeboten. Das Landespräsidium macht darauf aufmerksam, daß nach den Bestimmungen der Mineralölverjagereigenschaft der Preis für Christbaumtörzen 1,80 M für das halbe Pfund-Paket (Inhalt 20 bis 24 Stück) nicht übersteigen darf. Dieser Preis gilt auch für Auslandsstörzen.

**Ueber den Weihnachtspaketverkehr** wird mitgeteilt: Für die Zeit vom 13. bis einschließlich 20. Dezember treten im Paketverkehr Beschränkungen ein und zwar werden zur Beförderung unter Wertangabe (bis 100 M und über 100 M) von Privatpersonen nur solche Pakete angenommen, die ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine und daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Pakete mit anderem Inhalt sind während der angegebenen Zeit von der Beförderung unter Wertangabe ausgeschlossen. Das Verlangen der Selbstbestellung ist für die bezeichneten Tage bei gewöhnlichen Paketen, die von Privatpersonen herrühren, nicht zugelassen. Dringende und Einschreibepakete werden während der angegebenen Zeit von Privatpersonen nicht angenommen.

**Ausgabe des neuen Fünfjährgennigglückes.** Das neue Fünfjährgennigglück aus Aluminium, das nach Beschluß des Reichsrats an die Stelle des bisherigen Fünfjährgennigglückes treten wird, soll in den nächsten Tagen dem Verkehr ausgeteilt werden. Die Münze hat einen Durchmesser von 23 Millimeter und einen gerippten Rand. Die Schriftseite trägt die Zahl 50, darüber die Inschrift „Deutsches Reich“ und darunter das Wort „Fünfzig“ und unter diesem die Jahreszahl. Die Schaufel zeigt eine aufrechtstehende Kornähre, über die flache Felder laufen die die Aufschrift tragen: „Sich regen bringt Segen. Unter der Münze steht das Münzzeichen.

**Einwohnerwehr!** Dank der regen Werbetätigkeit der einzelnen Mitglieder konnte die Kompanie Mühlburg bei ihrem Appell am Montag, den 8. Dezember 1919, einen weiteren Zug aufstellen. Die Lieberzeugung von der Notwendigkeit, durch persönlichen Beitritt zur E.W. drohenden Strafen zu vermeiden, bricht sich mehr und mehr Bahn. Doch, ich sehe viele, die noch nicht da sind und die Werbetätigkeit darf nicht erlahmen, auch diese Launen und Gleichgültigkeiten aufzupfehlen. Die Kompanie Mühlburg veranstaltet am Mittwoch, den 17. Dezember 1919, abends 7 1/2 Uhr, in der Besendehalle Mühlburg einen Kompanieabend. Jedes Mitglied der E.W. wird gebeten, mindestens einen Freund mitzubringen; Mitglieder der anderen Kompanien sind als Gäste herzlich eingeladen.

Die Weihnachtstörzen werden nach einer soeben erfolgten Bekanntmachung des Unterrichtsministeriums infolge der Brennstoffknappheit an allen badischen Schulen schon am 20. Dezember beginnen.

**Aufnahme von Wienerkindern.** In dem diesbezüglichen Aufruf im Anzeigenteil der Dienstausgabe, Seite 7, ist der erste Satz des vierten Absatzes richtig zu stellen. Dieser muß heißen: „Jeder, der Platz hat für ein anspruchloses Wienerkind, möge sich bei der Geschäftsstelle des „Vollstrecker“ in die ausliegende Liste eintragen.“

**Eisenbahnunfall.** Am 11. Dez. abends 6.35 Uhr wurde am Bahnhöfchen ein Zug der Taglanerstraße des Fuhrwerks eines Landwirts aus Anielingen von einem Personenzug überfahren. Das Pferd wurde getötet. Der Fuhrmann und ein Begleiter ritten sich durch Abpringen, die Tochter des Landwirts, die gleichfalls mit auf dem Wagen saß, wurde derart schwer verletzt, daß sie erhebliche Verletzungen am Hinterkopf davontrug und ins nächste Krankenhaus verbracht werden mußte.

**Horstdiebstahl.** Am 11. Dezember übernahm ein Diebstahl im Hardtmahl 4 Personen, die unbedeutend Holz stahlen. Auf sein Einbrechen wurde ihm die Art nachgeworfen, auch wurde er mit Tatbeständen bedroht, worauf er von seiner Schwägerin Gebrauch machte. Einer der Angreifer erhielt einen Schuß in die Brust und wurde in schwerverletztem Zustand ins Krankenhaus verbracht.

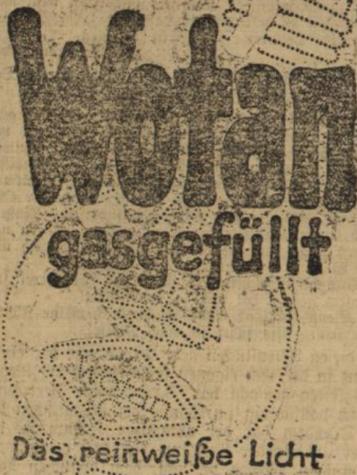
**Einbruchdiebstahl.** Am 11. Dez. im Laufe des Nachmittags wurde in die Wohnung eines Hauses der Durlacherstraße eingedrungen und daraus 3 Uhren im Wert von 500 M gestohlen. Der Täter ist noch unbekannt.

**Kohlenbier.** Am Südboden des Rheinlakens wurden aus einem Eisenbahnwagen 80 Zentner amerikanische Kohlen im Werte von 8000 M zum Nachteil der Stadtgemeinde von unbekanntem Täter gestohlen.

### Veranstaltungen.

**Deutsche Hausmusik aus dem 16., 17. und 18. Jahrhundert.** bringt die 2. musikalische Aufführung des Münchener Konservatoriums Sonntag, 14. Dez., von 11 1/2—12 1/2 Uhr im Eintratskale. Da die weltliche Hausmusik im 16. und 17. Jahrhundert mehrstimmige Vokalmusik war, deren Bedeutung in jener Zeit ungefähr der unjüdischen Streichquartette zu vergleichen ist, und an die Musikalität des Ausführenden große Anforderungen stellt, so hat ein aus Gesehenshühen, in der Hauptsache aus den Vorkämpfern des Konservatoriums zusammengestellter Chor die Wiedergabe der gewöhnlichen Instrumentalwerke aus dem 16. Jahrhundert zum Vortrage.

**Verantwortlich:** Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Lehte Nachrichten Herrmann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Herrmann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlruhe, Luitensstraße 24.



Die Westrevolutionen und Herr Stadtrat Jung.

Gen. Eduard Guelle bittet uns um Aufnahme folgen-

der Zeilen: Am 30. November richtete Herr Stadtrat Jung von der U. S. P. in der von der U. S. P. Karlsruhe einberufenen „Einigungs“-Versammlung am Schlusse seines fogen. Referats, das nach meinem Dafürhalten nichts anderes war, als eine große Portion aufgeräumter alter Kohl aus der Küche der Berliner „Freiheit“ an den „Vollstrecker“-Berichterlatter mit

übriqens nicht sehr noblen Worten die Aufforderung, sich einmal öffentlich zu zeigen. Da ich schon öfters für den „Vollstrecker“-Berichte geschrieben habe und es auch für die „Einigungs“-Versammlung vorhatte, kam ich der Aufforderung nach und bekannte mich als „gegenteiliger „Vollstrecker“-Berichterlatter. Auch einigen Ausführungen des Herrn Jung versuchte ich entgegenzutreten. Aber mer in einer Versammlung von „Modikalen“ der verschiedensten Nuancen eben nicht mit Schlagworten um sich wirft, und gar noch dies oder jenes an den Zusuhörern auszuheulen hat, erntet natürlich keinen Beifall, sondern wird ganz einfach angedrückt und ausgelacht.

Am Dienstag nach der Versammlung brachte die „Soz. Revue“ einen Bericht über dieselbe, in dem mir nicht mehr

und nicht weniger unterzogen wird, als daß ich die „Vollstrecker“-Redaktion als Abteten gekennzeichnet hätte, ungewollt natürlich. In diesem Referat hat Herr Jung unter Hinweis auf einen Artikel im „Vollstrecker“ vom 22. November behauptet, daß die Rechtssozialisten auch von der Westrevolution nichts mehr wissen wollten. Dieser Auffassung bin ich und meiner Ansicht nach mit Recht, entgegengetreten. Der Artikel „Das Ende der Westrevolution“ wäre es wirklich wert, auch von „Westrevolutionären in „Permanenz“ — und für solche halten sich doch die linksstehenden U.S.P.-Leute, und die linker links von links, die Kommunisten, — aufmerksam gelesen zu werden. Wer über einiges logisches Denken verfügt, der kann und muß aus dem genannten Artikel die für uns Sozialdemokraten bittere Botschaft herauslesen, daß der Gehörte an eine Westrevolution, also die Hoffnung auf eine spontane Erhebung der Arbeiter über den gegen die sozialistischen Unterdrücker, ein wirklichkeitsfremder Traum war, weiter nichts und dies auch für die nächsten Jahre gelten wird. Nur Marx und Hartmanns Vertreter können bei politischen Aktionen eine Westrevolution, in diesem Sinne durch Schlagworte verzerren, in Rechnung stellen. Wortwörtlich heißt es aber in dem Artikel: Auch in den Ententeländern wird der Sozialismus früher oder später wieder wachsen und triumphiert! — Und darauf kommt es doch an. Wer sich Sozialist nennt, und nicht an den allgemeinen Endzweck des Sozialismus, also der eigenen Weltanschauung glaubt, der ist ein Idiot.

Die Angriffe auf die „Vollstrecker“-Redaktion zu parieren überlasse ich dieser selbst. E. H.

Rechte Nachrichten.

Die Reichsregierung und die Kriegsbeschädigten

WTB. Berlin, 12. Dez. Der Reichspräsident empfing eine Abordnung des Reichsverbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die Leipzig. Er nahm den Vortrag des Verbandsvorsitzenden über die mißliche Lage der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen entgegen. Der Reichspräsident äußerte sich bei dieser Gelegenheit über die finanziellen

Verhältnisse des Reiches, die er als außerordentlich schwierig bezeichnete, und die sich durch den von der Entente ausgeübten Druck noch ungünstiger gestalten als bisher. Hierfür sei auch hauptsächlich die schlechte Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zurückzuführen. In den nächsten Tagen soll bei den zuständigen Stellen eine Besprechung über die Behebung der bestehenden Notlage stattfinden.

Die neue deutsche Note an die Entente.

Berlin, 12. Dez. Die nunmehr fertiggestellte deutsche Antwort wird sofort nach Genehmigung durch die zuständigen Stellen nach Paris abgehen. Die Kommissarien, die eventuell nach Paris entsandt wird, ist noch nicht zusammengestellt.

Die nationale belgische Sozialdemokratie.

WTB. Brüssel, 12. Dez. Der sozialdemokratische Justizminister Vandervelde erklärte einem Vertreter des „Matin“, die belgischen Sozialisten seien ebenso national wie die anderen Parteien. Sie hätten jedes Einvernehmen mit den deutschen Sozialdemokraten abgelehnt. Er mit Ansehe sei der Ansicht gewesen, daß unter gewissen Bedingungen die alten Beziehungen mit der Internationale, also auch mit den deutschen Sozialdemokraten, hätten wieder angeknüpft werden müssen, aber die Arbeitermassen hätten sich dem widersetzt und die Führer hätten nachgeben müssen.

Holländische Hilfe für Wien.

WTB. Amsterdam, 12. Dez. Der Amsterdamer Senatsrat hat beschlossen, einen Zug mit Lebensmitteln im Werte von 100 000 Gulden nach Wien zu entsenden.

Englische Verteilung der Situation in Deutschland.

Amsterdam, 12. Dez. Laut „Telegraaf“ erklärte der von einem Besuch aus Köln, Frankfurt a. M., Stuttgart und München zurückgekehrte Oberst Lander im englischen Unterhaus, er habe in Deutschland eine starke Stimmung zugunsten einer Gegenrevolution wahrgenommen. Die Royalistenpartei nehme, soweit er beobachten könne, täglich an Umfang zu. Wenn man dem damaligen deutschen Kaiser nicht den Prozeß mache und ihn nach St. Helena sende, so werde man ihn als König von Preußen wieder sehen.

Friedensangebot der Sowjetrepublik.

WTB. Kopenhagen, 12. Dez. Der Gesandte der russischen Sowjetregierung hat dem hiesigen Renter-Korrespondenten mitgeteilt: Wir haben den Vertretern der alliierten Mächte in Kopenhagen und anderen Orten eine Abschrift einer Resolution zusammen mit einem Begleichschreiben überreicht, das ihnen mitteilt, daß die Resolution als reelles Friedensangebot angesehen werden soll und daß er ermächtigt sei, Verhandlungen über Zeit und Ort für die vorgeschlagene Konferenz einzuleiten. Die Resolution, die am 5. Dezember vom höchsten allrussischen Sowjetkongreß einstimmig angenommen wurde, besagt u. a.:

„Der Kongreß bekräftigt seinen unabänderlichen Wunsch nach Frieden und schlägt noch einmal allen Ententemächten vor, sofortige Friedensverhandlungen zu beginnen. Er ermächtigt den Vollzugsausschuß, den Rat der Volkskommissare und das Volkskommisariat für auswärtige Angelegenheiten, diese Friedenspolitik systematisch fortzusetzen und alle erforderlichen Maßnahmen zu ihrer Durchführung auszuführen.“

Innerpolitische Schwierigkeiten der Vereinigten Staaten.

Wie der „Nieuwe Courant“ aus Washington meldet, sagt die Denkschrift über die mexikanische Frage, die dem Präsidenten Wilson am Freitag von Senat und Kall vorgelegt wurde, u. a., daß von mexikanischen Extremisten und amerikani-

schen Revolutionären die Inkorporation eines allgemeinen Bergarbeiter- und Metallarbeiterfreis in den Vereinigten Staaten verlangt werde, der dann benutzt werden solle, in den Vereinigten Staaten durch Befestigung eines Hafens an der Atlantischen Küste und amerier Häfen am Stillen Ozean und durch die Errichtung einer neuen Hauptstadt in Colorado eine Revolution herbeizuführen. Die Mexikaner sollten die Grenze an den Vereinigten Staaten befestigen.

Rom Rückmarsch aus dem Baltikum.

WTB. Berlin, 11. Dez. Aus dem Baltikum wird der „Deutschen Allg. Ztg.“ gemeldet, daß der Rückmarsch der Eisenbahnen Division und der deutschen Regalen sich infolge der schlechten Wegeverhältnisse etwas verzögert hat. Die Spitzen der Kolonnen werden wahrscheinlich heute abend oder morgen früh die deutsche Grenze überschreiten. Die heute oder morgen zurückkehrenden Truppenteile werden erst später nach dem Innern Deutschlands gebracht, da sie nach dem langen Rückmarsch und den großen Entbehrungen Ruhe gebrauchen. Sie werden in dieser Zeit zur Grenzsicherung bereitstellen. Die landwirtschaftlichen Organisationen sind wiederholt an die militärischen Kommandos herangetreten wegen landwirtschaftlicher Arbeiter und wenn möglich Siedler zur Verfügung zu stellen. Es ist anzunehmen, daß die deutschen Truppen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und deutsche Siedler werden. Aus verschiedenen Nachrichten geht hervor, daß in den deutschen Teilen der Provinz Posen und in der Provinz Pommern eine gewisse Beunruhigung über Aufständische der Polen herrsche, die sich im d'Annunzioischen Stile äußern werden. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ hört, sind die Vorgänge, die der Beunruhigung zugrunde liegen, den zuständigen Regierungsstellen bekannt, die alle erforderlichen Maßnahmen gegen etwaige Unruhen getroffen habe.

Kongreß der skandinavischen Linkssozialisten.

Stockholm, 11. Dez. Der Kongreß der skandinavischen Linkssozialisten, der ungefähr 250 Deputierte Schwedens, Norwegens und Dänemarks umfaßt, ist in Stockholm eröffnet worden. Der Führer der schwedischen Linkssozialisten, Heglund, sprach zu Gunsten des Anschlusses an die dritte Internationale, für die Verflechtung der skandinavischen Regierungen, die Beziehungen mit Sowjetrußland wieder aufzunehmen und zur Entsendung von Hilfsmitteln an Sowjetrußland.

Protestaktion der Berliner Gastwirte.

Berlin, 11. Dez. Im Wintergarten fand eine große Versammlung der im Hotel- und Gastwirtsgebiete zusammengefaßten Verbände statt, um Protest zu erheben gegen die Ueberweisung der Hoteliers und Gastwirte, die rationierte Lebensmittel im Schleichhandel erwerben, an die Richtergerichte. Es wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der gesagt wird, daß die Vertriebe am 15. Dezember geschlossen wurden, falls eine Aufhebung der Verordnung bis zum 18. Dezember nicht erfolge.

Wasserversorgung des Kronenb.

Schusterinsel 150 Ztm., gef. 0 Ztm., Rehl 255 Ztm., gef. 17 Ztm., Ragau 456 Ztm., gef. 16 Ztm., Mannheim 395 Ztm., gef. 28 Ztm.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Verband der Steinarbeiter.) Samstag, 13. Dez. abends 8 Uhr, Versammlung im „Großherzog Friedrich“ Riechenstraße. 7218 Der Vorstand.
Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 14. Dez. Tagesstour laut Monatsprogramm. Führer: Hr. Meßler. 8707
Karlsruhe. (Naturfreunde.) Die Genossen, die bereit sind, vom 13. auf 14. Dez. Delegierten der Konferenz der Arbeiterfortvereine Badens Quartier zu geben, werden gebeten, heute abend dieses im Lokal anzumelden. — Montag, 15. Dez. 10 Uhr, Versammlung bei Gen. Wehr, Luisenstr. 24, 4. St., 1/28 Uhr.
Pfeiferheim. (Sozialdem. Partei.) Heute abend punkt 1/28 Uhr findet unsere Mitgliederversammlung mit Vortrag im Lokal statt. Volkshaus und pünktliches Erscheinen erwünscht.
Dulach. (Soz. Arbeiterverein.) Morgen Samstag, den 13. Dez. abends 8 Uhr, findet in der „Krone“ Versammlung statt. Es wird erwartet, daß die Genossen regelmäßig und pünktlich erscheinen. 8724 Der Vorstand.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.
Cheaufachote. Robert Kraft von hier, Bekehrter hier, mit Emilie Große von hier.
Robert Schneider v. Redar, Büchsenmacher, Kautin. hier, mit Emilie Gauh v. Klein.
Emil Reil von Hochheim, Feiler hier, mit Rri da Zwonael von hier.
Vernhard Braun von Engen.
Hilfsmonteur hier, mit Rosina Jahn von Leopoldshafen.
Andreas Trübke von Mitterode, Fabrikarbeiter hier, mit Marie Schäfer Witwe von Eitlingen.
Hermann Rausch von Büdingen, Mechaniker hier, mit Pauline Heim von Verdingen.
Chefschleizer. Bruno Gohu von Grabow.
Apothekenbesitzer hier, mit Anna Durra von Berlin.

Todesfälle. Hermann Seiler, Chemann, Polzeier, alt 83 Jahre.
Anna Gänge, alt 83 Jahre, Ehefrau von Christian Gänge, Gutm.
Christoph Lehn, alt 73 Jahre, Witwe von Karl Lehn, Hofmüller a. D.
Katharina Weß, Chemann, Privatmann, alt 76 Jahre.
Gustav Stalke, Chemann, Radfahrer, alt 88 Jahre.
Karl Heide, Chem., Landwirt, alt 70 Jahre.
Anna Heller, ledig, Kontoristin, alt 18 Jahre.
Eilve, alt 14 Jahre.
Friedrich Meiß, Fabrikarbeiter, alt 66 Jahre.
Witwe von Gch. Bollinger, Rangierin, alt 72 Jahre.
Witwe von Wilhelm Ludwig, Privat.
Julius Kober, Chemann, Geh. Oberzeigerungs-Mat. r. D., alt 74 Jahre.
Karl Fischer, Chemann, Schmitz, alt 72 Jahre.
Maria Klamm, Ehefrau von Jakob Klamm, Bäckermeister.

Codes-Anzeige.
Woll dem Allmächtigen hat es gefallen, meine liebe gute Tochter, unsere liebe Enkelin und Nichte
Anna Heller
nach langen schweren Leiden im Alter von 18 Jahren zu sich abzurufen.
Karlsruhe, den 11. Dezember 1919.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Die Mutter Luise Fischer
Die Großmutter Karoline Fritz Awe.
geb. Vollweiler.
Die Beerdigung findet am Samstag, den 13. Dezember, nachmittags 1/28 Uhr statt.

Lehrer-Verein
„Die Naturfreunde“
Ortsgruppe Karlsruhe, e. V.
Todes-Anzeige.
Unsere Mitglieder zur Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied
Fraulein
Anna Heller
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Samstag, den 13. Dezember, nachmittags 1/28 Uhr, statt und eruchen wir um zahlreichere Beteiligung.
Der Vorstand.

Pferdegestellung in Brandfäßen.
Alle Pferdebesitzer werden unter Hinweis auf § 7 Abs. 1 der Feuerlöschordnung für die Stadt Karlsruhe hierdurch aufgefordert, im Falle eines Feueralarms ihre zur Verfügung stehenden Pferde nach dem nächstgelegenen Feuerhaus zu entsenden.
Für die Dauer der Hilfestellung wird die ordnungsgemäße Verpflegung gewährt. Außerdem werden für die am schnellsten an den Feuerhäusern eintreffenden Pferde besondere Prämien bezahlt.
Diese betragen:
für das erste Pferd . . . . . 7.50 M.
für das erste Paar Pferde . . . . . 15.00 „
für das zweite Pferd . . . . . 5.00 „
für das zweite Paar Pferde . . . . . 10.00 „
für das dritte Pferd . . . . . 4.00 „
für das dritte Paar Pferde . . . . . 8.00 „
für das vierte Pferd . . . . . 2.50 „
für das vierte Paar Pferde . . . . . 5.00 „
für das fünfte, sechste, siebente u. achte Pferd . . . . . je 2.50 „
Es werden benötigt:
am Feuerhaus, Pöfel 6 . . . . . 5 Paar Pferde
Fedeltrahse 5 . . . . . 5
Leopoldsdiale . . . . . 2
Rehenisdiale 2 . . . . . 2
Nährbürgerdiale 3 . . . . . 3
Die Pferdebesitzer machen sich durch Pünktliche Befolgung dieser Aufforderung nach § 114 Abs. 4 des Badischen Polizeiverordnungs und der §§ 800 und 838 Abs. 1 des Reichsstrafgesetzbuchs strafbar.
Karlsruhe, im März 1919. 2128
Der Stadtrat.

Wagen Geschätzübergabe preiswerter Parkanl
in
Kinderwagen
Lappwagen
Kinderstühle
Korbmöbel
Kinderpuppenwagen
Kinderwagen-Haus Jörg
Amolterstraße 53. 8411

Ad. Hepting, Dentist
Karl-Friedrichstraße 19/11, am Rondellplatz
Telefon 3311
Sprechstunden für Zahnranke
von 9-12 und 2-6 Uhr. 7150

Offenburger Anzeigen.
Kommunal-Verband Offenburg-Stadt
(Abt. Bekleidung).
Ab Montag den 15. Dezember 1919 gelangen an hiesige minderbemittelte Einwohner gegen Berechnungsschein ca. 800 Meter grauer Tuchstoff, für Anzüge geeignet, p. M. A 31.25
ca. 115 Meter grauer Tuchstoff, für Anzüge geeignet, p. M. A 37.20
in folgenden Geschäften zum Verkauf:
Gehr. Bloch Nachf., Hummiller Nachf., Haberer u. Cie., Gauer u. Veoh, Kahn-Lindenplatz, B. Lauth, H. Brand, Schleich Nachf., F. Schöl, Steinberger u. Cie., Gehr. Tannhäuser u. K. Wötter.
Berechnungsscheineabgabe vom Montag den 15. Dezember ab im Bürgeraal. 8727

Lebensmittel-Versorgung.
Ab Freitag wird verkauft:
Rüdeln: Roggenmehl 100 Gramm (1 Pfd. A 1.18) gegen die Lebensmittelmarke M 163.
Runkelhönig: Roggenmehl 80 Gramm (1 Pfd. 80 g) gegen die Lebensmittelmarke M 164.
Milchschokolade gegen die Haushaltungsmarke Nr. 21: Es erhalten: Familien mit 1, 2 und 3 Personen 1 Paket von 250 Gramm zum Preise von A 2.25; 4, 5 und 6 Personen zwei; 7, 8, 9 Personen 3 Pakete usw.
Zucker: Roggenmehl 1 Pfd. zum Preise von 50 A in den Apotheken gegen die Lebensmittelmarke M 166.
Durch Sonderzuweisung der Reichsregierung können wir die laufende Wochenzeitung (zeitliche Ausgabe) von 100 Gramm auf 200 Gramm Zeit erhöhen.
Offenburg, 11. Dezember 1919. 8728
Stadt. Lebensmittelamt.

Der Wahre Jacob ist erschienen.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Nachdem im Städt. Karrenstall in Daxlanden sowie in den Gehöften des Philipp Kober, Rappn... wörthstraße 53, der Hof. Schwall Bwe., Rappn... wörthstraße 34, des Ludwig Ganz, Rappn... wörthstr. 33, des Nikolaus Kutterer, Rappn... wörthstr. 32, des Simon Brendelberger, Rappn... wörthstr. 36, des August Weiz, Bäder, die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:

A. Sperrbezirk.

Vorortsgemeinde Daxlanden bildet einen Sperrbezirk i. S. der §§ 161 ff. der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Reichsviehseuchengesetz.

B. Beobachtungsgebiet.

Im den Sperrbezirk (A) wird ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 165 ff. der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz bestehend aus den Vorortsgemeinden Grünwinkel und Mühlburg gebildet.

I. Gemeinsame Maßregeln für den Sperrbezirk und das Beobachtungsgebiet:

In den unter A und B genannten Gemeinden ist verboten:

- 1. Die Abhaltung von Klauenviehmärkten, mit Ausnahme der Schlachtviehmärkte in Schlachtviehhöfen, sowie der Auftrieb von Klauenvieh auf Jahr- und Wochenmärkte. Dieses Verbot erstreckt sich auch auf marktähnliche Veranstaltungen.
2. Der Handel mit Klauenvieh, sowie mit Geflügel, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerbliehen Wiedererfassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet. Als Handel im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Aufführen von Tieren und das Aufkaufen von Tieren durch Händler.
3. Die Veranstaltung von Versteigerungen von Klauenvieh. Das Verbot findet keine Anwendung auf Versteigerungen auf dem eigenen nicht gesperrten Gehöfte des Besitzers, wenn nur Tiere zum Verkaufe kommen, die sich mindestens drei Monate im Besitze des Versteigerers befinden.
4. Die Abhaltung von öffentlichen Tierschauen mit Klauenvieh.
5. Das Begeben von nicht ausreichend erhitzter Milch aus Sammelmolkereien an landwirtschaftliche Betriebe, in denen Klauenvieh gehalten wird, sowie die Verwertung solcher Milch in den eigenen Viehbeständen der Molkerei, ferner die Entfernung der zur Anlieferung der Milch und zur Ablieferung der Milchrückstände benutzten Gefäße aus der Molkerei, bevor sie desinfiziert sind (vgl. § 11 Abs. 1, Nr. 9, 10 der Anweisung für das Desinfektionsverfahren).
a) Im gleichen Umkreis sind verboten:
a) Viehmärkte und öffentliche Tierschauen, soweit sie andere Tiergattungen als Wiederläufer und Schweine betreffen;
b) Jahr- und Wochenmärkte, auch wenn auf ihnen Vieh nicht gehandelt wird;
c) Abreibungen von Tieren jeder Gattung.

II. Maßregeln für das Beobachtungsgebiet.

- 1. Aus dem Beobachtungsgebiet darf Klauenvieh ohne polizeiliche Genehmigung nicht entfernt werden. Auch ist das Durchtreiben von Klauenvieh und das Durchfahren mit fremden Wiederläufergespannen durch das Beobachtungsgebiet verboten.
2. Die Ausfuhr von Klauenvieh zum Zwecke der Schlachtung kann durch das Bürgermeisterrat gestattet werden. Die Ausfuhr von Klauenvieh zu Ruh- oder Zuchtzwecken kann durch das Bezirksamt gestattet werden. Wegen der Bedingungen siehe § 168 Abs. 2 und 3 der Ausf.-Vorschriften s. N. Vieh-Gesetz und § 49 der Vollz.-Verordg. hierzu.
3. Im ganzen Bereiche des Beobachtungsgebietes ist der gemeinschaftliche Weidengang von Klauenvieh aus den Beständen verschiedener Besitzer und die gemeinschaftliche Benutzung von Brunnen, Kränken und Schwämmen für Klauenvieh verboten.
4. Hunde sind im Beobachtungsgebiet festzuliegen.

III. Maßregeln für den Sperrbezirk:

- 1. Für den ganzen Bereich des Sperrbezirks gelten folgende Beschränkungen:
a) Sämtliche Hunde sind festzuliegen. Der Festlegung ist das Führen an der Leine und bei Hiebunden die feste Anschürung gleich zu erachten. Die Verwendung von Girtenbunden zur Begleitung von Herden und von Jagdhunden bei der Jagd ohne Leine kann auf Ansuchen vom Bezirksamt gestattet werden.
b) Schlächtern, Viehkaufleuten sowie Händlern und anderen Personen, die gewerksmäßig im Ställen verkehren, ferner Personen, die ein Gewerbe im Umherziehen ausüben, ist das Betreten aller Ställe und sonstiger Standorte von Klauenvieh im Sperrbezirk, desgleichen der Eintritt in die Seuchengehöfte verboten. In besonders dringlichen Fällen kann das Bezirksamt Ausnahmen zulassen.
c) Dünger und Jauche von Klauenvieh, ferner Gerätschaften und Gegenstände aller Art, die mit solchem Vieh in Verührung gekommen sind, dürfen aus dem Sperrbezirk nur mit bezirksamtlicher Erlaubnis unter den vorgeordneten Vorichtsmaßregeln ausgeführt werden.
d) Die Einfuhr von Klauenvieh in den Sperrbezirk sowie das Durchtreiben von solchem Vieh durch den Bezirk ist verboten. Dem Durchtreiben von Klauenvieh ist das Durchfahren mit Wiederläufergespannen gleichzustellen. Die Einfuhr von Klauenvieh zur sofortigen Schlachtung, im Falle eines besonderen wirtschaftlichen Bedürfnisses auch zu Ruh- oder Zuchtzwecken, kann bezirksamtlich gestattet werden.
e) Die Ver- und Entladung von Klauenvieh auf den Eisenbahn- bezw. Schiffstationen im Sperrbezirk ist verboten.
2. Die verendeten Gehöfte in Daxlanden werden gegen den Verkehr mit Tieren und mit sol-

chen Gegenständen, die Träger der Anstiedungsstoffs sein können, abgesperrt.

- 3. Sämtliches Klauenvieh nicht verendeter Gehöfte des Sperrbezirks unterliegt der Absonderung im Stalle.
4. Für alle Gehöfte ist das Begeben von Milch ohne vorherige Abkochen oder andere ausreichende Erhitzung verboten.
5. Das Abhalten von Veranstaltungen in dem Seuchengehöfte, die eine Ansammlung einer größeren Zahl von Personen im Gefolge haben, ist vor erfolgter Schluchdesinfektion verboten.
6. Auf den an den Seuchenhöfen vorbeifahrenden Straßen ist der Transport und die Benützung von Tieren jeder Art verboten.

\* Nur auf besonderen Antrag des Bezirksämtes (§ 168 der Ausf.-Vorschr.). Karlsruhe, den 8. Dezember 1919.

O 3. 331 Bezirksamt. - Polizeidirektion. 8635

Zahlungs-Aufforderung.

Die Gebäudeversicherungsbeiträge und die zweite Hälfte des außerordentlichen Staatssteuerzuschlags müssen spätestens am 15. Dezember entrichtet werden. Vom 16. Dezember an werden Verzugszinsen erhoben und vom 23. Dezember an Pfändungsanordnungen ergreifen können. Gemacht wird nicht. Man zahle bargeldlos. Wer seinen Forderungszettel über die Gebäudeversicherungsbeiträge noch nicht erhalten hat, greife es alsbald der Steuererheberei an, sonst muß angenommen werden, daß auch ihm der Forderungszettel zugestellt ist. 8708

Karlsruhe, den 8. Dezember 1919. Finanzamt.

Preiswerte Ulster für Herren u. Damen Preislage 185.- bis 400.- L. Brotz Marienstr. 18 Tel. 3950 Kein Laden 8635 Dezember Sonntags geöffnet.

ALUMINIUM Kochgeschirre Haushaltungs-gegenstände sowie ganze Ausstattungen (Rein Aluminium) zu kaufen sie vorteilhaft im Aluminium-Spezialgeschäft Gustav Wörnerberger Waldstr. 26 (neb. Res.-Kino) Beachten Sie Schaufenster und Preise. Ständig Eingang neuer Waren

Herrn-Hüte werden gewaschen gefärbt und modernisiert bei der Mittelbadischen Hut-Fabrik Schneider & Hanselmann 8371 Karlsruhe Kriegstr. 70

Wir suchen für sofort und später 6926 Allein-Mädchen, Köchinnen und Zimmermädchen Städtisches Arbeitsamt Jähringerstraße 160 Zimmer Nr. 11.

Das Städt. Vierordtbad ist ab Montag den 8. ds. Mts. wieder an allen Werktagen geöffnet. Die Schwimmhalle bleibt bis auf Weiteres geschlossen.

Weihnachtsbitt der Blindenvereinigung von Karlsruhe und Umgebung.

Angeichts der drückenden Gegenwarts- und Zukunftsjorgen ist es in diesem Jahr besonders schwierig, aber auch besonders notwendig, untern blinden Mitgliedern, zu denen auch die Kriegsblinden zählen, eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten. Wir bitten alle Blindenfreunde herzlich, uns durch ihre Gaben bei unserm Vorhaben behilflich zu sein. Spenden werden mit herzlichem Dank entgegengenommen bei der Geistlichkeit der verschiedenen Pfarren, den durch Klare bezeichneten Sammelstellen und den Vorstandsmittgliedern: Herrn W. Koos, Vikarstr. 6, Fr. A. Krieger, 11, Fr. A. Anttel, Durlach, Durlacherstr. 88, Herrn Dr. A. Anttel, Eberhardstr. 24, Fr. A. Kühle, Stephanienstr. 76, Fr. A. Paul, Sternbergstr. 4, Herrn Aldert, Amalienstr. 18, Herrn Pfarrer Strauß, Gabelsbergerstr. 17, Frau Dostrat Trost, Rompfsanlage 13, Fr. Widemann, Voedstr. 4, Frau Geh. Oberfinanzrat Zimmermann, Stephanienstraße 15. 8289

Daniels Konfektionshaus Telefon 1945 Wilhelmstr. 34.-1 Tr. Wintermäntel aus guten Flauschstoffen Plüsch-, Astrachan- und Tuch-Mäntel Rips- und Sidenmäntel Lodenmäntel, Sportjacken Jackenkleider, Röcke, Blusen Mantelkleider, Voilekleider Kindermäntel, Kinderkleider Pelze, Muffe, Plüschgarnituren Regenschirme. 8981 Keine Ladenspesen. Billigste Preise. Sonntags vor Weihnachten von 11-6 Uhr offen.

F.C. Frankonia Karlsruhe e.V. Sportplatz Durlacher Allee Strassenbahnhaltestelle am Schlachthof Samstagabend 7 1/2 Uhr Monatsversammlung anschl. Spieler - Versammlung im „Burghof“.

Sonntag, 14. Dezbr., auf unserem Platze Verbandsspiele U. I. B. Grötzingen 1., 2. und 3. gegen Frankonia 1., 2. und 3. Beginn: 7 1/2 Uhr. 10 Uhr, K. F. V., A. H. gegen Frankonia A. H. IV. Mannschaft auf dem K. F. V.-Platz. Abends gemütl. Beisammensein im „Burghof“. 8704

Fußballklub Mühlburg R.V. Abwehr Sports & A. Hanselmann Samstag, den 13. Dezember 1919, Schüler-Mannschaft gegen Beiertheim auf unserem Platze. Monatsversammlung im „Klubhaus“.

Sonntag, den 14. Dezember 1919, 1., 2., 3. u. 4. Mannschaft auf dem Verein für Bewegungsspieler - Platze 1/10, 11, 1 und 1/3 Uhr. 5a und 5b Mannschaft auf dem K. F. V.-Platze. 1 und 1/3 Uhr. Abends gemütl. Beisammensein im „Klubhaus“. 8708

Karlsruher Fußball-Verein e. V. 7071 Schirmherr: Prinz Max von Baden. Geschäftsstelle: Zirkel 29. Tel. 1198. Sonntag, 14. d. M., auf unserem Platze. F.-C. Mühlburg V. gegen K. F.-V. V. F.-C. Mühlburg VI. gegen K. F.-V. VI. Nordstern Rintheim IV. gegen K. F.-V. VII. Nordstern Rintheim V. gegen K. F.-V. VIII. Beginn 9, 1/11, 1, 3 U. I. bis IV. Mannschaft in Beiertheim gegen Beiertheimer F.-V.

Abends 7 1/2 Uhr im „Gartensaal“ Moniege: Weihnachtsfeier Zutritt nur Mitglieder! Mitglieds-Karten sind am Eingang vorzulegen. Spenden f. die Gabe-Verlosung beliebe man umgehend auf der Geschäftsstelle, Zirkel 29 abzugeben. 8713

F. C. Südstern 06 Karlsruhe. Sportplatz: Mühlburg, Honsellstrasse Haltestelle d. Strassenbahn Hardstrasse.

Sonntag, den 13. Dezember abends 8 Uhr Monatsversammlung Anschließend Spieler-Versammlung. Volzähltes Erscheinen der Mitglieder ist dringend erwünscht.

Sonntag, den 14. Dezember nachmittags 1/3 Uhr Verbands-Wettspiel Konkordia I gegen 8714 Südstern I

1. III. u. IV. Mannschaft spielen um 1. 1/12 und 10 Uhr. Sämtliche Spiele sind auf unserem Platz.

Voranzeige. Sonntag, den 21. Dezember nachm. 4 Uhr, Weihnachts-Feier im Saa's des Restaurant Ziegler, Baumeisterstr.

Es haben nur Mitglieder, deren Angehörige, sowie eingeladene Gäste Zutritt. Einladungsrecht gestattet. Der Vorstand.

Fussball-Verein Beiertheim e.V. Samstag abend 7 1/2 Uhr im Lokal Mitglieder - Versammlung. Sonntag, 14. Dezember auf unserem Platze Verbands-Ligaspiel K. F. V. gegen 8715

Beginn 9, 1/11, 1 u. 1/3 Uhr Die Mitgliedskarten sind an der Kasse vorzulegen. Sonntag, den 21. Dezember

3. Sp. Cl. Pforzheim auf unserem Platze. Am 25. Dezember im Lokal

Weihnachtsfeier. K. F. C. Phönix Phönix-Alemannia.

Jeden Dienstag und Donnerstag Übung im Fasnengarten. Jeden Freitag Übung in der Reithalle des Marstalles (Schlossplatz) für Fußballer und Leichtathleten. Freitag, den 12. Dezember 1919, abends 1/7 Uhr, außerordentliche Generalversammlung Freitag, den 19. Dezember 1919, Spielerversammlung Aufstellung 5 weiterer Mannschaften, Wahl der Obmänner. Sonntag, den 14. Dezember 1919, I. Mannschaft in Pforzheim (I. F. C.). 8725

III. Mannschaft in Durlach gegen H. Germania. 10 Uhr: IV. M. im Fasnengarten gegen III. M. 1/3 Uhr: V. M. im Fasnengarten gegen IV. M. 1 Uhr: 6. Mannschaft im Fasnengarten gegen 5. Mannschaft des F. V. Kniegingen. Mittwoch, den 17. Dezember 1919, Spieleschluß- und Vorstandssitzung.

**Plankuch & Co.**  
Echte  
**Rirschwasser**  
Rum-Saçon  
Wachholder  
echter  
**Cognac**  
bekannte Marken  
**Malaga**  
1/2 Flasche 24.  
1/3 Flasche 13.  
mit Steuer und Glas

An den beiden letzten  
Sonntagen vor Weis-  
nachten geöffnet von  
11-1 Uhr,  
1/3-6 Uhr.

**Plankuch & Co.**  
G. m. b. H.  
In den beiden letzten  
Sonntagen vor Weis-  
nachten geöffnet

**Daßsagung.**  
Geben unentgeltlich Aus-  
kunft, wie ich in kurzer Zeit  
von meiner schweren  
Krankheit erholte, Nerven-  
leiden, gebeilt bin und jetzt  
vollkommen gesund bin.  
Joseph Weich, Mühlent-  
straße Nr. 1, Mühlent-  
a. d. Ruhr. Bitte Rück-  
porto beifügen. 8697

**Plankuch & Co.**  
Gebrannter  
**Kaffee**  
1/2 Pf. 7.00  
Pat. Nr. 8.50  
und Nr. 3.50  
1/4 Pf. 4.50  
Pat. Nr. 2.25

**Kakao**  
garantiert rein  
1/4 Pf. 4.50  
1/2 Pf. 2.25

**Cher  
Zee**  
feinste chinesische und  
indische Mischungen  
1/4 Pf. 4.75  
Pat. Nr. 5.75  
und Nr. 1.90  
20 Gr. 0.80  
Pat. Nr.

**Kaffee**  
roh  
1/2 Pf. 11.50  
Pat. Nr. 15.00  
und  
Pat. Nr. 17.00

An den beiden letzten  
Sonntagen vor Weis-  
nachten geöffnet von  
11-1 Uhr,  
1/3-6 Uhr.

**Plankuch & Co.**  
G. m. b. H.  
In den beiden letzten  
Sonntagen vor Weis-  
nachten geöffnet

**Plankuch & Co.**  
G. m. b. H.  
In den beiden letzten  
Sonntagen vor Weis-  
nachten geöffnet

**Verordnung über den Verkehr mit Zucker**  
vom 17. Oktober 1917.

**I. Reichszuckerstelle.**  
§ 1.  
Die Versorgung der Bevölkerung mit Zucker liegt der Reichszuckerstelle ob. Die Reichszuckerstelle ist eine Behörde und besteht aus einem Vorsitzenden, einem oder mehreren stellvertretenden Vorsitzenden und einer vom Reichskanzler zu bestimmenden Anzahl von Mitgliedern.  
Der Vorsitzende, die stellvertretenden Vorsitzenden und die Mitglieder werden vom Reichskanzler ernannt; dieser führt die Aufsicht und erläßt die näheren Bestimmungen.  
**II. Aufbringung des Zuckers.**  
§ 2.  
Zuckerrüben dürfen nicht verfüttert werden. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können im Einzelfall Ausnahmen hiervon zulassen.  
Der Reichskanzler bestimmt, ob und in welchen Mengen Zuckerrüben zu anderen Zwecken als zur Verarbeitung auf Zucker verwendet werden dürfen.  
Die besonderen Vorschriften über die Verwendung von Zuckerrüben zur Branntweinherstellung bleiben unberührt.  
§ 3.  
Die Hersteller von Verbrauchsucker dürfen Zucker nur nach den Beschlüssen der Reichszuckerstelle oder gegen Bezugschein abgeben. Sie sind verpflichtet, Zucker an die ihnen von der Reichszuckerstelle benannten Abnehmer zu liefern.  
Die Reichszuckerstelle erläßt die näheren Bestimmungen; sie kann insbesondere die Bedingungen der Lieferung, Abnahme und Bezahlung festsetzen.  
**III. Verbrauch von Zucker.**  
§ 4.  
Der Reichskanzler bestimmt die Grundsätze für die Vermessung des Zuckerverbrauchs der bürgerlichen Bevölkerung. Dabei ist der Bedarf für die Obstverwertung im Haushalt zu berücksichtigen.  
§ 5.  
Die Reichszuckerstelle überweist den Kommunalverbänden Bezugscheine über die Zuckermengen, die gemäß § 4 auf jeden Kommunalverband entfallen. Die Landeszentralbehörden können besondere Vermittlungsstellen errichten, die die auf die Kommunalverbände ihres Bezirkes entfallende Gesamtmenge unterverteilen.  
Die Kommunalverbände können den auf sie entfallenden Zucker selbst beziehen oder die Bezugscheine an den Handel weitergeben.  
§ 6.  
Die Kommunalverbände haben den Verbrauch von Zucker in ihrem Bezirke zu regeln, soweit nicht die §§ 19-21 Anwendung finden. Sie können insbesondere vorschreiben, daß Zucker an Verbraucher nur gegen Zuckerkarten abgegeben werden darf.  
Der Reichskanzler kann bestimmen, inwieweit die Kommunalverbände aus den nach §§ 16 und 17 auf sie entfallenden Mengen auch die Apotheken, Gasthäuser, Bäckereien und Konditoreien sowie andere Betriebe der Lebensmittelgewerbe zu versorgen haben.  
Der Reichskanzler, die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können die Art der Regelung vorschreiben.  
Die Verbrauchsregelung greift nicht Platz gegenüber Personen, die von den Seeresverwaltungen und der Marineverwaltung mit Zucker versorgt werden.  
§ 7.  
Der Reichskanzler bestimmt die Grundsätze, nach denen Zucker in gewerblichen und sonstigen nach § 15 Abs. 2 von den Kommunalverbänden zu versorgenden Betrieben, sowie zu gewerblichen und technischen Zwecken bezogen und verwendet werden darf.  
Die Reichszuckerstelle setzt danach die Bedarfsteile fest und erteilt die erforderlichen Bezugscheine.  
Handelt ein Unternehmer den nach Abs. 1 und 2 aufgestellten Grundsätzen und Bedingungen bei der Verwendung des Zuckers zuwider, so kann, vorbehaltlich der Vorschriften im § 22 Abs. 2, der Kommunalverband seine Zuckervorräte ohne Entgelt enteignen.  
§ 8.  
Verbrauchsucker darf außer im Falle des § 11 nur gegen Bezugscheine der Reichszuckerstelle abgegeben und bezogen werden, soweit nicht die Kommunalverbände für ihren Bezirk nach § 15 ein anderes bestimmen. Der Handel mit Bezugscheinen ist verboten.  
**IV. Einfuhr und Durchfuhr von Zucker.**  
§ 9.  
Zuckerrüben, Rohzucker und Verbrauchsucker, die aus dem Auslande eingeführt werden, sind von dem Einführenden an die vom Reichskanzler zu bestimmende Stelle zu liefern.  
Als Ausland gelten im Sinne dieser Vorschrift auch die besetzten Gebiete. Der Reichskanzler trifft die näheren Bestimmungen, er kann die näheren Bedingungen für die Lieferung festsetzen.  
**V. Schlussbestimmungen.**  
§ 10.  
Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird, unbeschadet einer verwirklichten Steuerstrafe, bestraft:  
1. wer unbefugt Zuckerrüben verfüttert oder den nach § 2 Abs. 2 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt;  
2. wer den Vorschriften im § 3 zuwider Zuckerrüben absetzt oder der Lieferungs- und Verladepflicht nach § 4 nicht nachkommt;  
3. wer unbefugt Rohzucker entfernt, beiseiteschafft, beschädigt, zerstört, vergällt, verfüttert oder sonst verbraucht, verarbeitet, verkauft, kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt oder den nach § 8 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt;  
4. wer den Vorschriften in den §§ 5, 9, 11 oder den auf Grund des § 5, § 7 Abs. 4, §§ 9, 11 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt;  
5. wer den Vorschriften in den §§ 10, 22 oder den auf Grund des § 15 Abs. 1, § 19 Abs. 2, § 20 Abs. 1, §§ 22, 23, 24, 21 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt;  
6. wer die nach § 25 erforderliche Auskunft nicht oder nicht richtig erteilt oder die Einfuhr in die Geschäftsaufzeichnungen oder die Entnahme oder Einjendung von Proben verweigert.  
Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.  
**Verordnung**  
(Vom 1. November 1917.)  
Den Verkehr mit Zucker betreffend  
Zum Vollzug der Bundesratsverordnung vom 17. Oktober 1917 über den Verkehr mit Zucker (Reichs-Gesetzbl. Seite 914) wird verordnet, was folgt:  
§ 1.  
Im Sinne der Bundesratsverordnung ist Landeszentralbehörde des Ministeriums des Innern höhere Verwaltungsbehörde der Landeskommission für zuständige Bezirke das Bezirksamt, dieses ist auch befugt, Ausnahmen gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 der Bundesratsverordnung zuzulassen.  
§ 2.  
Vermittlungsstelle im Sinne der Bundesratsverordnung ist die beim Statistischen Landesamt errichtete „Babische Zuckerberatung“, welcher als Geschäftsstelle die bei dem Einlauf süddeutscher Städte, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Mannheim errichtete „Geschäftsstelle der Babischen Zuckerberatung“ beigegeben ist. Die Kommunalverbände verkehren mit der Reichszuckerstelle durch Vermittlung der „Babischen Zuckerberatung“.  
Die „Babische Zuckerberatung“ wird auch als Stelle bestimmt, welche zur Ausübung der in den §§ 27 und 28 der Bundesratsverordnung bezeichneten Befugnisse ermächtigt ist.  
§ 3.  
Die Abgabe von Zucker an Verbraucher darf nur gegen Zuckerkarte oder entsprechenden Vermerk auf der Brotkarte erfolgen. Die näheren Bestimmungen werden von den Kommunalverbänden getroffen, welche auch die Zuckerkarten ausgeben.  
Für die Verabfolgung von Zucker zur Obstverwertung im Haushalt treffen die Kommunalverbände besondere Regelung.  
§ 4.  
Für die Abgabe von Zucker zur Bienenfütterung ergeben besondere Bestimmungen.  
§ 5.  
Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.  
Karlsruhe, den 1. November 1917.  
Großh. Ministerium des Innern.  
v. Bobman.

**Arbeiter-Sportkartell**  
Karlsruhe.

Die Mitglieder d. Arbeiter-Sportvereine wird erlucht, sich am Samstag abend in der „Gambriunshalle“ einzufinden zu Ehren der zur Sport-Konferenz anwesenden Delegierten. Besonders werden d. Quartiergeber, die sich für Freiquartiere angemeldet haben, um ihr Erscheinen gebeten.  
Der Ausschuh.

**Leipziger gute echte PELZE**  
Nur moderne Formen gute Verarbeitung grosse Auswahl sehr mässige Preise  
Besonders große Auswahl und billigst  
**Alaska-Füchse!**  
Keine teure Ladenmöde nur  
Karl-Friedrichstrasse 6  
1 Treppe  
K. Schorpp  
Neben fa. Spiel & Wels  
Nähe Schlossplatz.

**Häuser**  
mit und ohne Geschäfte sowie Bienenkästen aller Art zu verkaufen durch das  
Vereinschaftsbüro  
**M. Busam,**  
Karlsruhe, Gerrenstr. 38.  
7333 Telefon 5530.

In verkaufen: 1 Polsterstuhl, 1 Nachtschiff mit Porzellanplatte, 1 Paßbüchse, 1 II. Anilwanne, 1 Handtuchhalter, 1 Retro-Entmischlampe, 1 einfache Gaslampe, 1 Spiegel, 1 schwarze Gehrock, 1 Frauenhut mit Schleier. Alles anverkauft.  
Durlach, Werderstr. 11, 4. Etod. 8700

Vorliegende Verordnung bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.  
Karlsruhe, den 9. Dezember 1919.  
Babisches Bezirksamt. D.3. 827

Die Ausstellung von Legitimationspapieren für das Jahr 1920 betr.  
Am 31. Dezember 1919 erläßt die Gestaltungsbehörde für das Jahr 1919 ausgefertigten Geberlegitimationspapieren, Wandergewerbescheine, Erlaubnisscheine Form. „G“ für den Stadtbezirk, Legitimationscheine für Druckereien Form. „J“, Fischerkarten und Pächterkarten, und am 31. Januar 1920 die der Jagdpässe.  
Die in dem Stadtbezirk und den Vororten wohnhaften Personen, die für das Jahr 1920 derartige Papiere benötigen, werden sie zweckmäßigerweise schon jetzt beim Pächterbüro im Bezirksamtsgelände - Zimmer 23 - Eingang Hebelstraße 7 b beantragen, damit eine aus der Häufung dieser Anträge zu Beginn des neuen Jahres entstehende Verzögerung in der Ausstellung vermieden bleibt.  
Die Anträge auf Ausstellung von Wandergewerbescheine „G“ und „J“ müssen in jedem Falle persönlich gestellt werden, ebenso die erstmaligen Anträge auf Ausstellung von Pächterkarten und Jagdpässen. Jagdpässe müssen mit einer Beschreibung und einem Bildnis des Jagdpächters aus neuester Zeit versehen sein. Den Gesuchen um Ausstellung von Jagdpässen ist daher ein nichtaufgesetztes Bildnis des Gesuchstellers aus neuester Zeit anzuschließen.  
Gesuche um Ausstellung von Geberlegitimationspapieren sind von den Firmeneinhabern unter Angabe der Geburtsorte und Daten sowie der Personalbeschreibungen der Reisenden schriftlich einzubringen. Allen Anträgen sind die etwa im vorigen Jahre erteilten gleichartigen Scheine beizufügen, sofern solche zurzeit nicht mehr benötigt werden; andernfalls sind die Ordnungszahlen der Papiere und die Daten ihrer Ausstellung anzugeben.  
Karlsruhe, den 2. Dezember 1919.  
Bezirksamt. - Polizeidirektion. D.3. 918

**Welmachts-Geschenke**  
in Leder und Imit.  
Damenaschen, Besuchtaschen, Brieftaschen, Geldbeutel, Mappen f. Papier- u. Hartgeld Reisetaschen, Arm- u. Reisekörbe, Marktaschen in Wachs- u. Imit. Gemahlhosen-träger Rucksäcke für Erwachsene und Kinder sowie sonstige Lederwaren und Reiseartikel.  
**Kollerhaus**  
Geschw. Lämmle  
51 Kronenstr. 51.

**Chaiselongue**  
neue, zu verkaufen. 8427  
**Wolterer Köhler**  
Schützenstr. 25.

**Große Puppe (Gelenk)**  
sowie Puppenherd zu verl.  
Bürgerstr. 17, 1. Etod.

**Reparaturen!**  
Uhren, Musikwerke jeder Art werden billig sofort gefertigt. Postkarte genügt.  
Seierheim, Cäcilienstr. 10.  
8716

**„Nissin“**  
gegen Kopfläuse  
Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

**Gesucht**  
intelligente Hilfskraft für leichte, etwa zwei Stunden täglich in Anspruch nehmende Arbeit. Monatliche Vergütung 50 Mk. Bedingungen bei der **Bad. Landesweiterwart, Karl-Friedrichstr. 13.**

**Plankuch & Co.**  
Echte  
**ARA-Liköre**  
ferner  
**Curacao-Blackberry-Orange-Himbeer-Liköre**  
1/2 Flasche 28.  
**Bergamotte Pfefferminz Kümmel Hamb. Tropfen Ruß-Likör**  
1/2 Fl. 13.20

An den beiden letzten  
Sonntagen vor Weis-  
nachten geöffnet von  
11-1 Uhr,  
1/3-6 Uhr.

**Plankuch & Co.**  
G. m. b. H.  
In den beiden letzten  
Sonntagen vor Weis-  
nachten geöffnet

**Leipziger gute echte PELZE**  
Nur moderne Formen gute Verarbeitung grosse Auswahl sehr mässige Preise  
Besonders große Auswahl und billigst  
**Alaska-Füchse!**  
Keine teure Ladenmöde nur  
Karl-Friedrichstrasse 6  
1 Treppe  
K. Schorpp  
Neben fa. Spiel & Wels  
Nähe Schlossplatz.

**Häuser**  
mit und ohne Geschäfte sowie Bienenkästen aller Art zu verkaufen durch das  
Vereinschaftsbüro  
**M. Busam,**  
Karlsruhe, Gerrenstr. 38.  
7333 Telefon 5530.

In verkaufen: 1 Polsterstuhl, 1 Nachtschiff mit Porzellanplatte, 1 Paßbüchse, 1 II. Anilwanne, 1 Handtuchhalter, 1 Retro-Entmischlampe, 1 einfache Gaslampe, 1 Spiegel, 1 schwarze Gehrock, 1 Frauenhut mit Schleier. Alles anverkauft.  
Durlach, Werderstr. 11, 4. Etod. 8700

Vorliegende Verordnung bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.  
Karlsruhe, den 9. Dezember 1919.  
Babisches Bezirksamt. D.3. 827

Die Ausstellung von Legitimationspapieren für das Jahr 1920 betr.  
Am 31. Dezember 1919 erläßt die Gestaltungsbehörde für das Jahr 1919 ausgefertigten Geberlegitimationspapieren, Wandergewerbescheine, Erlaubnisscheine Form. „G“ für den Stadtbezirk, Legitimationscheine für Druckereien Form. „J“, Fischerkarten und Pächterkarten, und am 31. Januar 1920 die der Jagdpässe.  
Die in dem Stadtbezirk und den Vororten wohnhaften Personen, die für das Jahr 1920 derartige Papiere benötigen, werden sie zweckmäßigerweise schon jetzt beim Pächterbüro im Bezirksamtsgelände - Zimmer 23 - Eingang Hebelstraße 7 b beantragen, damit eine aus der Häufung dieser Anträge zu Beginn des neuen Jahres entstehende Verzögerung in der Ausstellung vermieden bleibt.  
Die Anträge auf Ausstellung von Wandergewerbescheine „G“ und „J“ müssen in jedem Falle persönlich gestellt werden, ebenso die erstmaligen Anträge auf Ausstellung von Pächterkarten und Jagdpässen. Jagdpässe müssen mit einer Beschreibung und einem Bildnis des Jagdpächters aus neuester Zeit versehen sein. Den Gesuchen um Ausstellung von Jagdpässen ist daher ein nichtaufgesetztes Bildnis des Gesuchstellers aus neuester Zeit anzuschließen.  
Gesuche um Ausstellung von Geberlegitimationspapieren sind von den Firmeneinhabern unter Angabe der Geburtsorte und Daten sowie der Personalbeschreibungen der Reisenden schriftlich einzubringen. Allen Anträgen sind die etwa im vorigen Jahre erteilten gleichartigen Scheine beizufügen, sofern solche zurzeit nicht mehr benötigt werden; andernfalls sind die Ordnungszahlen der Papiere und die Daten ihrer Ausstellung anzugeben.  
Karlsruhe, den 2. Dezember 1919.  
Bezirksamt. - Polizeidirektion. D.3. 918

**Welmachts-Geschenke**  
in Leder und Imit.  
Damenaschen, Besuchtaschen, Brieftaschen, Geldbeutel, Mappen f. Papier- u. Hartgeld Reisetaschen, Arm- u. Reisekörbe, Marktaschen in Wachs- u. Imit. Gemahlhosen-träger Rucksäcke für Erwachsene und Kinder sowie sonstige Lederwaren und Reiseartikel.  
**Kollerhaus**  
Geschw. Lämmle  
51 Kronenstr. 51.

**Chaiselongue**  
neue, zu verkaufen. 8427  
**Wolterer Köhler**  
Schützenstr. 25.

**Große Puppe (Gelenk)**  
sowie Puppenherd zu verl.  
Bürgerstr. 17, 1. Etod.

**Reparaturen!**  
Uhren, Musikwerke jeder Art werden billig sofort gefertigt. Postkarte genügt.  
Seierheim, Cäcilienstr. 10.  
8716

**„Nissin“**  
gegen Kopfläuse  
Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

**Gesucht**  
intelligente Hilfskraft für leichte, etwa zwei Stunden täglich in Anspruch nehmende Arbeit. Monatliche Vergütung 50 Mk. Bedingungen bei der **Bad. Landesweiterwart, Karl-Friedrichstr. 13.**

**Plankuch & Co.**  
Echte  
**ARA-Liköre**  
ferner  
**Curacao-Blackberry-Orange-Himbeer-Liköre**  
1/2 Flasche 28.  
**Bergamotte Pfefferminz Kümmel Hamb. Tropfen Ruß-Likör**  
1/2 Fl. 13.20

An den beiden letzten  
Sonntagen vor Weis-  
nachten geöffnet von  
11-1 Uhr,  
1/3-6 Uhr.

**Plankuch & Co.**  
G. m. b. H.  
In den beiden letzten  
Sonntagen vor Weis-  
nachten geöffnet

**Leipziger gute echte PELZE**  
Nur moderne Formen gute Verarbeitung grosse Auswahl sehr mässige Preise  
Besonders große Auswahl und billigst  
**Alaska-Füchse!**  
Keine teure Ladenmöde nur  
Karl-Friedrichstrasse 6  
1 Treppe  
K. Schorpp  
Neben fa. Spiel & Wels  
Nähe Schlossplatz.

**Häuser**  
mit und ohne Geschäfte sowie Bienenkästen aller Art zu verkaufen durch das  
Vereinschaftsbüro  
**M. Busam,**  
Karlsruhe, Gerrenstr. 38.  
7333 Telefon 5530.

In verkaufen: 1 Polsterstuhl, 1 Nachtschiff mit Porzellanplatte, 1 Paßbüchse, 1 II. Anilwanne, 1 Handtuchhalter, 1 Retro-Entmischlampe, 1 einfache Gaslampe, 1 Spiegel, 1 schwarze Gehrock, 1 Frauenhut mit Schleier. Alles anverkauft.  
Durlach, Werderstr. 11, 4. Etod. 8700

Vorliegende Verordnung bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.  
Karlsruhe, den 9. Dezember 1919.  
Babisches Bezirksamt. D.3. 827

Die Ausstellung von Legitimationspapieren für das Jahr 1920 betr.  
Am 31. Dezember 1919 erläßt die Gestaltungsbehörde für das Jahr 1919 ausgefertigten Geberlegitimationspapieren, Wandergewerbescheine, Erlaubnisscheine Form. „G“ für den Stadtbezirk, Legitimationscheine für Druckereien Form. „J“, Fischerkarten und Pächterkarten, und am 31. Januar 1920 die der Jagdpässe.  
Die in dem Stadtbezirk und den Vororten wohnhaften Personen, die für das Jahr 1920 derartige Papiere benötigen, werden sie zweckmäßigerweise schon jetzt beim Pächterbüro im Bezirksamtsgelände - Zimmer 23 - Eingang Hebelstraße 7 b beantragen, damit eine aus der Häufung dieser Anträge zu Beginn des neuen Jahres entstehende Verzögerung in der Ausstellung vermieden bleibt.  
Die Anträge auf Ausstellung von Wandergewerbescheine „G“ und „J“ müssen in jedem Falle persönlich gestellt werden, ebenso die erstmaligen Anträge auf Ausstellung von Pächterkarten und Jagdpässen. Jagdpässe müssen mit einer Beschreibung und einem Bildnis des Jagdpächters aus neuester Zeit versehen sein. Den Gesuchen um Ausstellung von Jagdpässen ist daher ein nichtaufgesetztes Bildnis des Gesuchstellers aus neuester Zeit anzuschließen.  
Gesuche um Ausstellung von Geberlegitimationspapieren sind von den Firmeneinhabern unter Angabe der Geburtsorte und Daten sowie der Personalbeschreibungen der Reisenden schriftlich einzubringen. Allen Anträgen sind die etwa im vorigen Jahre erteilten gleichartigen Scheine beizufügen, sofern solche zurzeit nicht mehr benötigt werden; andernfalls sind die Ordnungszahlen der Papiere und die Daten ihrer Ausstellung anzugeben.  
Karlsruhe, den 2. Dezember 1919.  
Bezirksamt. - Polizeidirektion. D.3. 918

**Welmachts-Geschenke**  
in Leder und Imit.  
Damenaschen, Besuchtaschen, Brieftaschen, Geldbeutel, Mappen f. Papier- u. Hartgeld Reisetaschen, Arm- u. Reisekörbe, Marktaschen in Wachs- u. Imit. Gemahlhosen-träger Rucksäcke für Erwachsene und Kinder sowie sonstige Lederwaren und Reiseartikel.  
**Kollerhaus**  
Geschw. Lämmle  
51 Kronenstr. 51.

**Chaiselongue**  
neue, zu verkaufen. 8427  
**Wolterer Köhler**  
Schützenstr. 25.

**Große Puppe (Gelenk)**  
sowie Puppenherd zu verl.  
Bürgerstr. 17, 1. Etod.

**Reparaturen!**  
Uhren, Musikwerke jeder Art werden billig sofort gefertigt. Postkarte genügt.  
Seierheim, Cäcilienstr. 10.  
8716

**„Nissin“**  
gegen Kopfläuse  
Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

**Gesucht**  
intelligente Hilfskraft für leichte, etwa zwei Stunden täglich in Anspruch nehmende Arbeit. Monatliche Vergütung 50 Mk. Bedingungen bei der **Bad. Landesweiterwart, Karl-Friedrichstr. 13.**

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter

Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Einladung

Öffentlichen Versammlung

am Sonntag, den 14. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Gleisanten“, Kaiserstraße 42

Tagesordnung:

- 1. Die angekündigte Einschränkung der Arbeitszeit und die man-reihaste Verteilung der Brauerei-, Mälzereien und Rasteeemalzfabriken mit Gerste und Rohlen.
2. Kündigung des Tarifvertrages im Brauereigewerbe.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

Montag, den 15. Dezember, abends 7 Uhr, findet in der „Goldenen Krone“, Amalienstraße Nr. 16, eine

Vertrauensmänner-Versammlung

statt. Jede Werkstatte muß vertreten sein. 8703

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-„Frauenchor“ Karlsruhe

Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet in der „Walhalla“, Angartenstr. unsere

Weihnachts-Feier

verbunden mit Theater-Aufführungen und Gaben-Verlosung statt.

Hierzu laden wir unsere verehrlichen Mitglieder und Angehörigen nebst Freunde und Gönner freundlichst ein. (8618) Die Vorstand.

Waldstraße 30. Residenz-Sichtspiele. Heute Freitag vollständig neues Programm. Tropenblut sechs Akte von Robert Heymann. Arthur Weilin stellte Szenen von grosser Wirkung. In der Hauptrolle ist Egede Nissen. Gut unterstützt wird sie durch Harry Liedke. Es ist kein alltägliches Bilderbuch, sondern ein wirkungsvoller gutgespielter Film. Eingesunder Junge Filmbarleske mit Carl Viktor Playge mit ihm selbst in der Titelrolle.

Badisches Landestheater.

Freitag, den 12. Dezember 1919. 8722

Volksvorstellung:

Die drei Zwillinge.

Schwank in 3 Akten von Toni Impskoven u. K. Mathera Anfang 7 Uhr. (Mk. 5,20) Ende 1/2 10 Uhr.

Lassen Sie Ihre allen Herrenhüte waschen, modernisieren u. färben in der Spezialwerkstätte für Herrenhüte Inh.: Karl Hort Herrenstr. 15.

Rausch & Pester

Atelier vornehmer Photographie für Kunst und Gewerbe. Vergrößerungs-Anstalt. Erbprinzenstrasse 3 am Rondellplatz Fernsprecher Nr. 2678. Porträts-Gruppen Vergrößerungen Ehren- u. Gedenk-Tafeln für gefallene Vereinsmitglieder. Schnellste Lieferung.

Wilhelm Vivell Kunsthandlung, Waldstr. 33

Gegenüber Colosseum. Empfehle in reicher Auswahl, bei billigster Berechnung: Gerahmte eckig, rund, oval, für Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, Salon, Dielen. Photographie-Einrahmungen in geschmackvollster Ausführung. Medicindrucke, Radierungen, Scheerenschnitte. 8412

Nur wenige Tage in Karlsruhe. Täglich im großen Saale des Friedrichshofes. Max Eigel's großes anatomisches Museum aus München. Volksbuchhandlung Karlsruhe i. B. Die Stimme aus dem Grabe. Reden von JEAN JAURES. Gesammelt u. besprochen von VICTOR SCHIFF. Preis Mk. 1,50.

Wir sind Käufer für jedes Quantum. Wir sind Käufer für jedes Quantum. Wir sind Käufer für jedes Quantum. Der Mensch sein Entstehen und Vergehen. Wissenschaftlich! Warnend! Belehrend! Von hervorragenden Universitätsprofessoren glänzend begutachtet! Die Präparate stammen zum größten Teil aus der Anatomie des berühmten Anatomen Paul Feilner an der Universität in München. Personen unter 18 Jahren ist der Zutritt polizeilich nicht gestattet. 15 Abteilungen: Alles ohne Nachzahlung. Außerdem die Original-Mumie „Julia Pastrana“ die interessanteste Frau, welche je lebte. Wegen des gemeinnützigen Zweckes ermäßigter Eintrittspreis: einschl. Steuer Mk. 1,50. Täglich geöffnet von früh 9 Uhr bis Eintritt der Dunkelheit.

Email-Geschirre werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 6814 Geschirr-Reparaturanstalt Karlsruhe, Körnerstr. 30, im Hof, Telefon 1421. Gesucht ein durchaus zuverlässigen und nützlichen Pferd-Kutscher für Lastfuhrwerk. Badische Lebensmittel-Fabrik Louis L. Stern & Co. Bannwald-Allee 1 Bannwald-Allee 1. Hasenstall Heilig, gut erhalten, billig zu verkaufen Gartenstadt, Aferweg 52.

Eintracht

6 musikgeschichtliche Aufführungen des Munz'schen Konservatoriums II. Aufführung. Sonntag, 14. Dez., vorm. 11 1/4-12 1/2 Uhr. Deutsche Hausmusik im 16., 17. und 18. Jahrhundert. Madrigale von Orlando di Lasso u. H. L. Hasler. Lieder aus dem Lochheimer Liederbuche und von A. Krieger. Klaversonate . . . . . von J. H. Rolle Violinsonate . . . . . von J. Haydn Chor: Abendlied . . . . . von J. Haydn Mitwirkende: Sopran: J. Filbert, H. Grosskopf, R. Landwehr, Th. Pracht. Alt: E. Heins, L. Söhnlein, H. Stirn. Tenor: W. Eißler, H. Nikolaus. Bass: C. Neuhaus, O. Wessbecher. Klavier: H. Petri. Violine: Bernh. Peter. Karten zu 1.10 Mk., Galerie zu 55 Pfg. vorbehaltene Plätze zu 2.20 Mk. in allen Musikalien-Handlungen und am Saaleingang. 8711

Mandolinen, Gitarren, Lauten Zithern, Ziehharmonikas Mundharmonikas u. sonstige Musikinstrumente offeriert billigst. Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft 52 Kronenstrasse 52. 8548

Circus Henny (Winterbau) Karlsruhe - Meßplatz. Haltestelle vor und nach der Vorstellung. Nur noch 3 Tage! Heute abend 1/2 8 Uhr Gala-Vorstellung mit dem Riesen-Weltstadt-Programm. Ab heute arbeitet Die Pracht-Löwengruppe. Samstag u. Sonntag je 2 Vorstellungen 1/4 und 1/8 Uhr. In den Nachmittagsvorstellungen ist je ein Kind frei einzuführen. Der Zirkus ist ab heute gut geheizt. Vorverkauf: Zigarrenhaus Pfeiffer, Marktplatz, und ab 10 Uhr vorm. an der Zirkuskasse 1.

Wir suchen für unsere Stofmaschinen einen sehr tüchtigen Arbeiter der auf solche Maschinen gut eingearbeitet ist und diese vollständig zu bedienen in der Lage sein muß. 8720 Gest. Angebote unter Chiffre S. P. 1720 an Rudolf Moitz, Stuttgart.

Pugfrauen Waschfrauen Lauffrauen Monatsfrauen für einige Stunden täglich und tageweise finden stets Arbeit durch das Städt. Arbeits-Amt weibliche Abteilung Jahringstrasse 100 - Zimmer Nr. 11. Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.